

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 13. Mai 2013**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

27. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.05 Uhr

Ende der Sitzung: 19.50 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 26. Sitzung des Gemeinderates vom 15.04.2013 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herdt

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.AR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Mag. Petra Lipp (SPÖ)

GR. Stefan Haböck (ÖVP)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 02.05.2013 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Koits gratuliert Herrn Gemeinderat Herbert Pernkopf zum heutigen Geburtstag.

Applaus

Anfrage von GR. Barbara Wildfellner betreffend Durchmischung bei der Belegung der Wohnungen, bei denen der Stadt Wels ein Zuweisungsrecht zukommt:

Bgm. Dr. Koits: Frau Gemeinderätin Barbara Wildfellner hat folgende Anfrage an StR. Dr. Rabl gerichtet:

Sehr geehrter Hr. Stadtrat Rabl,
sie selbst teilten als zuständiger Referent am Beginn ihrer Amtsperiode mit, eine bessere Durchmischung bei den Belegungen der Wohnungen herbei zu führen. Das Zusammenleben von Österreichern, Österreichern nicht deutscher Muttersprache und Migranten, soll durch die von ihnen gelenkten Wohnungsvergaben deutlich verbessert werden.

- Wie ist dies in den letzten vier Jahren, insbesondere in den dichter bebauten Wohnsiedlungen, wie z. B. Straubingersiedlung, Noitzmühle, vorangeschritten bzw. umgesetzt worden?
- Für wie viele Wohnungen hat die Stadt das Vergaberecht, wie hoch ist die Anzahl der von den Wohnungsgenossenschaften direkt vergebenen Wohnungen?

Bitte teilen Sie mir die Ergebnisse in Zahlen, Prozentsätzen und nach Nationalität aufgeschlüsselt mit.

Stadtrat Dr. Rabl wird die Anfrage in der nächsten Gemeinderatssitzung mündlich beantworten.

Anfrage von Frau Gemeinderätin Margarete Josseck-Herdt betreffend Inserate in Medien:

Bgm. Dr. Koits: Frau Gemeinderätin Margarete Josseck-Herdt hat folgende Anfrage an mich gerichtet:

In welchen Medien und in welcher Höhe wurden in den letzten 6 Monaten Inserate geschaltet?

Ich werde die Anfrage schriftlich beantworten.

Anfrage von Gemeinderätin Margarete Josseck-Herdt betreffend bfi, Bildungshaus Puchberg, Seniorenbund, Pensionistenverband und Kinderfreunde:

Bgm. Dr. Koits: Gemeinderätin Margarete Joseck-Herdt hat weiters folgende Anfrage an mich gerichtet:

1. Welcher finanzielle Beitrag wurde im Jahr 2012 von folgenden Institutionen/Vereinen
 - bfi
 - Bildungshaus Puchberg
 - Seniorenbund
 - Pensionistenverband
 - Kinderfreundefür Einschaltungen im Amtsblatt – aufgelistet nach der jeweiligen Amtsblattausgabe – geleistet?
2. Wurden den oben genannten Institutionen/Vereinen Gratiseinschaltungen im Amtsblatt gewährt? Falls ja, welche Institutionen/Vereinen und in welcher Höhe?
3. Welche sonstigen Leistungen – außer Subventionen – gab es für die in Punkt 1 genannten Institutionen/Vereine im Jahr 2012?
4. Gab es für sonstige Institutionen/Vereine/Unternehmen Gratiseinschaltungen in den Amtsblattausgaben im Jahr 2012? Falls ja, in welchen Ausgaben und in welcher Höhe?

Ich werde die Anfrage schriftlich beantworten.

Mitteilung des Bürgermeisters

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Beteiligung des Landes Oberösterreich an den laufenden Kosten gemeindeeigener Aufsichtsorgane - hier konkret an der Ordnungswache der Stadt Wels, Resolution an die Oö. Landesregierung und an den Oö. Landtag

Bgm. Dr. Koits: Zur Resolution betreffend Beteiligung des Landes an den laufenden Kosten der Ordnungswache (DI-Verf-386-2012) hat die Direktion Inneres und Kommunales des Landes Oberösterreich geantwortet, dass eine Beteiligung des Landes Oberösterreich an den Kosten der Ordnungswache Wels nicht zu erwarten ist.

Allfällige Bekanntgabe der Gegenstände, die gemäß § 18 Abs 4. GOGR umgestellt wurden:

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Einführung eines Jugendtickets; Resolution an die Oö. Landesregierung (DI-Verf-166-2013)

Bgm. Dr. Koits: Dieser Antrag wurde zurückgezogen, weil er mittlerweile hinfällig ist. Er wurde im Land Oberösterreich schon entsprechend geregelt.

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Vermarktung von Kultur- und Sportaktivitäten durch die Wels Marketing & Touristik GmbH; Auftrag an die Wels Marketing & Touristik GmbH (DI-Verf-167-2013)

Nach § 24 Abs. 3 GOGR hat bei Initiativanträgen der Berichterstatter – darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen – den Antrag zu unterzeichnen. Gegenständlicher Initiativantrag wurde nicht von GR. Karl Schönberger, der als Berichterstatter auftritt, unterzeichnet und ist daher unzulässig. Da dieser bereits in die Tagesordnung aufgenommen wurde, ist diese nachträglich zu berichtigen. Dieser Antrag wurde von der Tagesordnung genommen. Zwischenzeitig wurde ein gleichlautender Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Ich ersuche Sie künftig bei der Einbringung von Initiativ- und Dringlichkeitsanträgen auf die Einhaltung der Regeln zu achten, da ansonsten die Arbeit für die Mitarbeiter und auch für uns im Gemeinderat erheblich erschwert wird, um nicht immer wieder Tagesordnungspunkte abzusetzen bzw. aufzunehmen. Ich ersuche sie daher bei Einbringung von Dringlichkeits- und Initiativanträgen, wie bei allen Schriftstücken des Magistrates, in Blockbuchstaben ihren Namen unter der Unterschrift anzufügen.

Aktuelle Stunde

Leistbares Wohnen:

Bgm. Dr. Koits: Diesmal wurde nur von der SPÖ-Fraktion ein Thema zur „Aktuellen Stunde“ eingebracht, nämlich bezüglich „leistbares Wohnen“. Ich ersuche um eine einleitende Wortmeldung seitens der SPÖ-Fraktion.

GR. Ganzert: Wohnen ist wahrscheinlich das wichtigste oder ein sehr wichtiges Grundbedürfnis von uns allen. Dieses wird immer teurer, wobei man anführen muss, dass das Einkommen und die Pensionen dazu nicht mit den Kosten des Wohnens Schritt halten können. Der Faktor Wohnen belastet somit nicht nur Familien, sondern insbesondere Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher sowie jüngere und ältere Menschen sehr stark. Die Nachfrage in den vergangenen Jahren ist vor allem in den Ballungszentren Linz, Wels und Steyr sehr stark gestiegen, was sich in der Entwicklung der Mietpreise widerspiegelt.

Im Jahre 2010 kam es zu einem langjährigen Tief im Wohnungsbau, die Zahl der Neubauten lag im Jahre 2010 bei 1.261. Beim Vorgänger des jetzigen Wohnbauandesrates, den Herrn Landesrat Kepplinger, lag die Zahl der durchschnittlich geförderten Mietwohnungen bei 2.740 im Jahr.

Ich darf kurz die Wohnbausprecherin vom Verbandstag des Gemeinnützigen Wohnungswirtschaftsvereins Österreichs zitieren:

„In Österreich geben rund 40 Prozent der MieterInnen mehr als ein Viertel ihres Einkommens für Wohnen aus. Rund zwei Drittel der armutsgefährdeten Personen in Österreich geben bis zur Hälfte ihres Einkommens für Miete aus. In Österreich sorgen die gemeinnützigen Bauvereinigungen für leistbare Wohnungen und erhöhen damit die Lebensqualität. Im Gegensatz zu privaten Bauträgern erfüllt die gemeinnützige Wohnwirtschaft ihren gesellschaftspolitischen Auftrag“.

Diesen letzten Satz kann ich nur unterstreichen. Man kann natürlich – wie dies von der sozialdemokratischen Fraktion im oberösterreichischen Landtag gefordert wurde – mit einem Sonderwohnbauprogramm gegensteuern und in der Wohnbauförderung dementsprechend darauf eingehen. Aber es sind auch andere Rahmenbedingungen sehr stark inkludiert, wie die mehrgeschossige Bebauung bei den Neubauten, die sich nicht nur bei den Errichtungskosten, den Fixkosten sondern auch im alltäglichen Leben, bei den Betriebskosten, sehr stark auf die Mieterinnen und Mieter auswirken. Auch anzuführen ist die Reduktion der Betriebskosten durch die Heizkosten.

Die Welser Heimstättengenossenschaft hat in den letzten Jahren sehr stark gezeigt, wie durch thermische Sanierung verschiedenster Altbauten die Betriebskosten, insbesondere die Heizkosten, deutlich reduziert werden konnten. Der Sanierungsfond ist allerdings in den meisten Fällen schon ausgeschöpft. Ganz wichtig dabei ist, die Kosten nicht umzuschlagen. Das heißt, sobald die Welser Heimstätte hergeht und weitere Altbauten thermisch saniert, kommt es zu einer entsprechenden Betriebskostenreduzierung. Es dürfen diese Sanierungskosten aber nicht auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden.

Daher dieser Vorschlag und das Konzept der Welser SPÖ-Fraktion im Gemeinderat eine Stützung bzw. den Einstieg in die Annuitäten dieser Sanierungskosten zu fordern, um die Mieterinnen und Mieter zu entlasten.

Die SPÖ-Fraktion möchte auch für die Jahre 2013 bis 2017 168 Gebäude mit bis zu 1030 Wohnungen thermisch sanieren. Für diese Bewohner dieser 1030 Wohnungen bedeutet das mehr Komfort und verringerte Betriebskosten. Zusätzlich soll auch die Bauwirtschaft gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Insofern darf ich an sie, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, appellieren, dieses Thema in die Hand zu nehmen. Die SPÖ-Fraktion hat es mit dieser heutigen aktuellen Stunde getan, bringen mit dem Einsprung in die Annuitätenzuschüsse entsprechende Vorschläge, um effektiv den Mieterinnen und Mietern in Wels, sowohl bei den Mietzinskosten als auch bei den Betriebskosten unter die Arme zu greifen.

StR. Dr. Rabl: Es freut mich, dass auch die SPÖ-Fraktion das Thema „Wohnen“ als Thema erkannt hat, weil ich glaube, dass im Wohnungsbereich massive Probleme auf uns warten. Der soziale Wohnbau kostet heute pro m² ungefähr 8 bis 10 Euro, eine 100 m² Wohnung ist nicht selten unter 700 Euro zu bekommen. Zu diesen Kosten kommen noch Kosten für Strom, Heizung und vor allem eine Kautionshöhe von 2.000 bis 5.000 Euro dazu. In der Noitzmühle – einer Wohngegend, wo nicht jeder unbedingt wohnen möchte – kostet eine 77 m² Wohnung 671 Euro Miete und 5.000 Euro Kautionshöhe. Bei einem durchschnittlichen Arbeitnehmergehalt von 1.200 bis 1.300 Euro netto, kann man ersehen, dass diese kaum mehr leistbar und es kaum mehr möglich ist, diese

Wohnung überhaupt zu vermitteln, obwohl es etwa 2000 Wohnungssuchende in Wels gibt.

Leicht erklärbar ist warum die Wohnbautätigkeit in Wels im Jahre 2010 zurückging. Landesrat Kepplinger von der SPÖ-Fraktion hinterließ im Wohnbauressort 130 Mio. Euro Schulden, die aufgefüllt werden müssten. Außerdem gibt es eine Wohnbeihilfe für Drittstaatsangehörige. Das bedeutet, dass diejenigen, die zu wenig verdienen, also keine EU-Bürger sind, um eine Wohnbeihilfe ansuchen können. Darin ist Oberösterreich Spitzenreiter, in Salzburg gibt es das nicht. Salzburg lehnte dies ausdrücklich ab, denn dadurch wird das Wohnbaugeld reduziert. Je mehr Förderungen ich direkt zu den Bewohnern gebe, desto weniger Geld habe ich um billige Wohnungen zu bauen.

Wir Freiheitlichen sagen, dass das Geld bei den Österreichern, bei den EU-Bürgern bleiben muss. Drittstaatsbürger haben darauf keine Ansprüche und wir wollen dieses Geld für günstige Wohnungen verwenden. Gerade in der Vergangenheit kam es zu einer vermehrten Vergabe dieser Wohnbeihilfen. Hier muss endlich ein Schlussstrich gezogen werden.

Ein weiterer Punkt betrifft die Ausstattung der Wohnungen. Wir reden hier von Sozialwohnungen. Es muss nicht jede Sozialwohnung barrierefrei errichtet werden. Es reicht aus, wenn es jede Zehnte ist, weil der Bedarf dafür nicht vorhanden ist. Jede barrierefreie Wohnung kostet wesentlich mehr Geld. Es muss nicht jede Wohnung beispielsweise mit einer Raumlüftung ausgestattet werden. Es bedarf einfach einer Reform der Bauordnung, welche erst kürzlich im Landtag diskutiert wurde. Ich hoffe, dass es gerade im sozialen Wohnbau zu einem Umdenken kommt, weil der soziale Wohnbau das Grundbedürfnis Wohnen absichern soll. Es sollen keine Luxusapartments sein, sondern ganz normale Wohnungen zu einem akzeptablen Preis. Durch gesetzliche Bestimmungen wird verhindert, dass entsprechende Mittel für den Wohnbau frei werden.

Ein Drittel bis die Hälfte der Kosten im Bereich Wohnen machen die Betriebskosten aus. Diese Betriebskosten stiegen weit über die Inflation, insbesondere die Energiekosten, die Heizkosten und auch die Müllentsorgungskosten. Die Müllkosten, die die Stadt Wels einhebt, sind ja nicht mehr jene Gebühren die tatsächlich erforderlich sind, um den Müll zu entsorgen. Das entstandene „Körpergeld“ fließt in den allgemeinen Haushalt. Daher sollte man auch über eine Senkung der Müllgebühren, der Kanalgebühren nachdenken. Auch über eine Aufklärungsinitiative über Stromgesellschaften, die einen günstigeren Strom verkaufen, kann nachgedacht werden. Die EWW AG bietet eine Spar-schiene an, bei der man sich bei einem Wechsel 200 bis 300 Euro spart. Auch im Bereich der Betriebskosten gibt es noch Bereiche, in denen Maßstäbe angesetzt werden können, wo es zu Änderungen und Reduzierungen kommen kann.

Das Thema ist einfach wichtig und relevant. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Thema auf Bundes- und Landesebene angegangen werden muss. Zuerst müssen jedoch die Sozialdemokraten ihre Blockadehaltung hinsichtlich des billigeren Baues aufgeben und endlich ermöglichen, dass soziale Wohnungen tatsächlich auch für die kleinen Leute zur Verfügung stehen, die zu leistbaren Preisen errichtet werden.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Den Punkt „„leistbares Wohnen für alle““ können wir nur unterstreichen, denn die Wohnkosten sind tatsächlich in den letzten Jahren exorbitant gestiegen. Unterschiede zur Position des Herrn Dr. Rabl ergeben sich darin, wie diese Wohnungen ausschauen sollen. Wir stellen uns keine nackten Betonhütten am Rande

von Wels vor, sondern leistbares und schönes Wohnen für alle Welserinnen und Welser. Da sehen wir durchaus auch einen Zusammenhang zur Welser Heimstätte. Wie leistbares und schönes Wohnen aussehen kann, zeigt zum Beispiel die Stadt Wien. Das sind attraktive Häuser, die leistbar sind. In Wels finden wir eine Situation vor, die nicht immer optimal ist. Ich möchte hier an den Rechnungshofbericht zur Heimstätte erinnern, worin angeführt wird, dass die Welser Heimstätte die Betriebskosten immer im oberen Bereich des Möglichen ansiedelt, dass die Welser Heimstätte nur wenige – konkret wurden nur zwei Architekten angeführt – für die Planung ihrer Wohnanlagen einsetzt und auch immer dieselben Baufirmen zum Zug kommen.

Wie sollen aufgrund dieser Voraussetzungen schöne und leistbare Wohnungen zustande kommen? Wir sind für leistbares Wohnen nicht nur am Rande der Stadt in unattraktiven Häusern sondern in der ganzen Stadt, auch in der Innenstadt. In diesem Sinne sind wir dafür uns zu überlegen, wie leistbares Wohnen aussehen könnte. Dazu können wir in Richtung Wien blicken und uns dort einiges anschauen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Wohnen ist zweifellos ein Grundbedürfnis für alle Menschen. Die Frage der sozialen Stellung gibt bei vielen Menschen einen klaren Hinweis darauf wie sie wohnen, wie sie sich ihre persönliche Wohnsituation einrichten können. Es ist unbestritten, dass es nur möglich sein wird Menschen ein menschenwürdiges lebenswertes Wohnen zu ermöglichen, wenn die Wohnkosten gemeinsam mit den Betriebskosten bestimmte Anteile des Einkommens nicht überschreiten. Eine Faustregel bei den Wohnbauträgern besagt, dass zwischen 30 und 40 Prozent des Nettoeinkommens die vertretbare und vertragbare Höhe des Familienbudgets darstellt, dass nicht nur für die Befriedigung der Wohnbedürfnisse gearbeitet werden muss.

Es gibt sehr viele Initiativen im Bereich Förderungen für Häuslbauer. Wir wissen, dass es im Bereich des Energie- und Klimafonds – wo es um thermische Sanierungen geht – keine Einkommensdeckelung gibt. In Oberösterreich gibt es einen Landesrat, der Wohnen unmöglich macht und soziales Wohnen verknappt indem er die Bautätigkeit zurückfährt.

Alle Experten sind sich einig, die Wohnpreise werden wir nur in den Griff bekommen, wenn am Markt genügend Wohnungen verfügbar sind. Wohnungen werden verknappt und, wenn es den Marktmechanismen ausgesetzt wird, für Leute immer teurer. Jetzt gibt es Genossenschaften und gemeinnützige Bauträger, die eigentlich den Auftrag haben mit einer regen Bautätigkeit soziales Wohnen zu realisieren. Diese rege Bautätigkeit kann aber nicht so gesteuert werden, wie es eben Herr StR. Dr. Rabl vorschlug, dass man mit ein bisschen minderer Qualität für die sozial Bedürftigen baut. Wer dies verlangt, der ist für die Auseinanderdifferenzierung der Gesellschaft! Auch Menschen mit geringerem Einkommen haben ein Recht auf qualitätsvolles Wohnen.

Was bedeutet Barrierefreiheit zu vermeiden um Geld zu sparen? Was heißt das ganz konkret? Menschen werden in ihren vier Wänden älter und müssen dann ausziehen, weil sie das Haus aufgrund der baulichen Gegebenheiten nicht mehr verlassen können. Müssen wir überall Tiefgaragen bauen? Brauchen wir überall so viele Abstellplätze, wie sie vorgeschrieben werden? Das alles sind Fragen, über die wir diskutieren können. Wo es aber um die soziale Qualität geht, wo es darum geht Menschen aus den Wohnungen zu vertreiben, weil sie mit einem Rollstuhl nicht mehr hinein oder Stiegen nicht überwinden können, das ist der falsche Weg.

Es gehören alle Kosten durchgesehen, wo können wir als Stadt in den Mechanismus zur Verringerung der Wohnungskosten eingreifen? Wir als sozialdemokratische Partei wollen ganz konkret, dass die vom Kollegen Ganzert genannten Projekte von 2013 bis 2017 168 Gebäude mit 1030 Wohnungen thermisch saniert und umgesetzt werden, wodurch ein Investitionsschub von 17 Mio. Euro ausgelöst wird. Wir sind gerade in der Vorbereitung dieses Projektes, welches wir heute ankündigen wollen und wir als Stadt möchten mit einem Annuitätenzuschuss von 420.000 Euro im Jahr diese Maßnahme unterstützen. Das ist direkte Förderung von leistbarem Wohnen und das möchten wir gemeinsam umsetzen. Ein Investitionsschub von 17 Mio. Euro bringt natürlich Arbeitsplätze im Bereich der Baubranche, dadurch erzielen wir einen direkten Konnex zu Arbeitsplätzen und zu leistbarem Wohnen. Ich lade sie alle ein gemeinsam mit uns diesen Weg zu gehen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Alle sind wir für leistbares Wohnen, für genügend Arbeitsplätze sowie Arbeitsplatzsicherheit. Ich habe den Eindruck, dieses heutige Thema „leistbares Wohnen“ ist schon ein vorgezogenes Wahlkampfthema, aber auch ein interessantes Thema für uns hier in Wels, weil es uns alle betrifft. Wir als Gemeinderäte haben eine gewisse Verantwortung dafür, deshalb müssen wir uns ernsthaft diesem Thema annehmen. Hätten wir zeitgerecht von dieser aktuellen Stunde erfahren, hätten wir uns alle intensiv vorbereiten und eine dementsprechende Diskussion führen können.

Wohnen ist für uns alle wichtig, es ist wichtig für das soziale Zusammenleben. Gerade in einem Wohlfahrtsland wie Österreich ist es besonders wichtig, dass das Wohnen auch leistbar ist, wobei wir wissen, dass diese Kosten immer mehr gestiegen sind. Im Jahre 2008 wurde noch rund ein Viertel des Einkommens für das Wohnen verwendet. Jetzt wird ein Drittel des Einkommens dafür verwendet - das ist sehr viel. Die öffentliche Hand ist aufgerufen entsprechend entgegen zu wirken und entsprechende Unterstützungen zu gewähren.

Daher gibt es eine Wohnbauförderung des Landes Oberösterreich. Im letzten Jahr gab es eine Wohnbauförderung in der Höhe von 50 Mio. Euro. In den letzten Jahren wurden sehr viele Einfamilienhäuser und Wohnungen gefördert. Dazu ein paar Daten: Im Jahr 2011 waren es 2.500 Wohnungen und noch viel mehr Einfamilienhäuser, im Jahr 2012 2.400 Wohnungen und Einfamilienhäuser, im Jahr 2009 war ein Sonderwohnbauprogramm.

Sehr viele Wohnbaugelder fließen nach Wels, aber leider sind die Mieten deswegen nicht niedriger. Nicht nur die Mieten führen zu Problemen, sondern auch die Betriebskosten. Bei den Betriebskosten hatten wir Möglichkeiten dem entgegenzuwirken, weil die Betriebskosten sich aus öffentlichen Abgaben und Gebühren zusammensetzen und sich damit ein entsprechender Gestaltungsspielraum ergibt. Insbesondere denke ich an das Jahr 2009, wo sehr viele Lifte in die Häuser der Heimstätte eingebaut wurden. In einem Schriftverkehr der Stadt Wels an die Mieter der Heimstätte, datiert mit 10. September 2009, wurde festgehalten, dass die Sanierungen der Wohnungen, Fassaden und Lifteinbauten mit einem Aufwand in der Höhe von 18 Mio. Euro keine Mieterhöhung nach sich zieht, denn durch die thermische Sanierung wird ein Energieersparnis erzielt, welche zur Gänze den Bewohnern zufließt. Unterschrieben von Herrn Bürgermeister Dr. Koits und Herrn Vizebürgermeister Wimmer.

Am 14. September 2009 wurde in einem Brief an die Mieter der Heimstätte versichert, dass der Einbau von Liften in Mehrparteienhäusern keine Mieterhöhung nach sich zieht.

Unterschrieben von Herrn Bürgermeister Dr. Koits und Herrn Vizebürgermeister Hochhauser.

Für uns ist es wichtig darauf zu pochen diese Zusagen einzuhalten, denn es kann nicht sein etwas zu versprechen und es dann nicht einzuhalten. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Wohnbauleistung der Genossenschaft, auf die wir natürlich auch ganz besonders stolz sind.

Ich verweise auf den hier im Gemeinderat diskutierten Rechnungshofbericht, insbesondere auf die Seite 65, wo es heißt, dass die Hausverwaltungskosten in Wels bei der Heimstätte besonders hoch sind. Aber auch die Wiedervermietungszuschläge sind beträchtlich hoch, so hoch wie bei keiner anderen Genossenschaft. Ich denke, es gäbe Möglichkeiten hier in unserem eigenen Haus etwas zu unternehmen, etwas mitzugestalten.

Auch möchte ich noch auf die große Anzahl an leerstehenden Wohnungen in Wels aufmerksam machen. Dies sollte bekämpft und Maßnahmen überlegt werden, damit diese Wohnungen wieder attraktiver, wohn- und leistbarer und dadurch wieder angenommen werden.

Ich hoffe, dass wir uns hier im Gemeinderat gemeinsam Schritte überlegen können - so wie sich auch der Landtag Schritte für die Wohnbauförderung überlegt. Die vorhin angesprochene Änderung der Bauordnung zur Senkung der Baukosten wurde im letzten Landtag beschlossen. Durch eine verminderte Vorschreibung von verschiedenen Auflagen können die Kosten um rund 5 Prozent vermindert werden. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Vzbgm. Lehner: Ich möchte die Gelegenheit nutzen beim Thema Wohnen mich auch hier beim Gemeinderat zu bedanken. Es gelang uns in den letzten drei Jahren zahlreiche Flächen für den gemeinnützigen Wohnbau mit einstimmigen Widmungsverfahren zur Verfügung zu stellen. Um Wohnbau zu ermöglichen ist es entscheidend, dass uns einerseits Grundstückseigentümer Flächen zur Verfügung stellen, aber andererseits das Bekenntnis im Gemeinderat diese Flächen für den Wohnbau zu widmen.

Ein zweiter wichtiger Bereich ist das Nachverdichten im innerstädtischen Bereich. Auch da gibt es immer zahlreiche Projekte, die dazu führen, dass wir leistbares Wohnen in Zentrumslage in unserer Stadt ermöglichen. Wenn wir hier in Zentrumsnähe nachverdichten, führt dies zu einer Belebung der Innenstadt. Das ist für die Zukunft sehr wichtig. Mir persönlich erscheint es richtig – da bin ich nicht gleicher Meinung wie GR. Reindl-Schwaighofer - dass es die privaten Wohnbauträger sind, die mit zahlreichen Projekten, wie die Maria-Theresia-Straße, Entspannung in den Welser Wohnungsmarkt bringen. Genau durch dieses zusätzlich von Privaten geschaffene Angebot kann es gelingen für sozial Bedürftige ausreichend Wohnmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Das heißt, wir benötigen sowohl den sozialen Wohnbau als auch die privaten Wohnbauträger und wir brauchen eine Widmungspolitik in der Stadt, die vieles in diesem Bereich ermöglicht, inklusive der angesprochenen Nachverdichtung. Für dieses gemeinsame Vorgehen möchte ich mich an dieser Stelle für diese aktuelle Stunde bedanken.

Vzbgm. Wimmer: Ich möchte mich auch diesem Dank bei den genossenschaftlichen Bauträgern sowie bei den privaten Bauträgern anschließen, die wir genauso in unserer

Stadt brauchen. Aus meiner Sicht als Finanzreferent möchte ich das Thema „leistbares Wohnen“ noch präzisieren.

Dr. Csar zitierte ja richtig aus zwei Briefen, aber das Programm zur thermischen Sanierung durch die Welser Heimstätte begann schon früher. Wir drängten damals auf die Fortführung des Programms, und zwar in einer Art und Weise, welches die Mieterinnen und Mieter in den genossenschaftlichen Sozialwohnungen nicht zusätzlich belastet, sondern idealer Weise entlastet. Weil wir meinen, leistbares Wohnen soll auch mit einem ökologischen Gedanken verbunden werden. Der ökologische Gedanke dabei ist die thermische Gebäudesanierung. Nun hat die Welser Heimstätte dieses Programm bei jenen Projekten, wo der Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag (EVB) noch ausreichte, abgeschlossen. Ein sehr umfangreiches Programm – ich bedanke mich wirklich bei der Welser Heimstätte, bei allen Funktionären und Mitarbeitern, die in den letzten Jahren dieses Programm so vortrefflich umsetzen.

Durch die thermische Gebäudesanierung wurde nicht nur die Fassade verschönt, sondern es wurde ganz wesentlich ein Eingriff auf die Energiekosten der Mieter eines sanierten Hauses gemacht. Dieser Eingriff stellte sich dermaßen dar, dass die thermische Gebäudesanierung über angesparte EVB's oder über Darlehen, die über EBV bedient werden, finanziert wird. Im Bereich der Energiekosten konnten 20 – 30 Prozent Einsparungen bei den einzelnen Mietern erzielt werden, wobei der Energieanteil mit Abstand der größte Anteil an den Betriebskosten und das Teuerste am Wohnen war. Wenn also ein 20- bis 30-prozentiger Rückgang erzielt wird, bei der gleichzeitig eine ökologische Komponente eine wesentliche Rolle spielt, dann denke ich, sollten wir alles uns Mögliche dazu beitragen, dass dieses Programm fortgesetzt und abgeschlossen werden kann.

Wir können hier sehr viele Resolutionen bezüglich des Aussehens der Landes- und Bundes-Wohnbaupolitik an das Land und an den Bund beschließen, aber konkret wird den Welserinnen und Welsern damit nicht geholfen. Ganz konkret können wir helfen, wenn sie einen Vorschlag, den wir als sozialdemokratische Partei in den nächsten Sitzungen einbringen werden, unterstützen, denn nur durch die Ermöglichung zur Fortsetzung dieses thermischen Sanierungsprogramms kommt es zur Vermeidung von Mieterhöhungen und können Einsparungen bei den Betriebskosten direkt an die Mieter weitergegeben werden. Wenn sie dies unterstützen, ist dem Thema „leistbares Wohnen“ und dem Thema „Ökologie“ ein sehr wichtiger Schritt gelungen.

Die bekannten Schätzungen der Welser Heimstätte belaufen sich auf rund 17 Mio. Euro Investitionskosten - über Darlehen von der Genossenschaft finanziert - auf die nächsten 15 Jahre. Wenn wir hier als Gemeinderat in einem mehrheitlichen Beschluss die Annuitäten dieses Darlehens fördern oder minimieren – mit einer jährlich notwendigen Zinsförderung – dann kann die Heimstätte garantieren, dass nicht nur keine Mieterhöhungen stattfinden werden, sondern dass eine Reduktion der Betriebskosten direkt an die Mieterinnen und Mieter weitergegeben wird. Bei diesem sehr konkreten Vorschlag können wir als Stadt Wels, als Gemeinderat etwas tun. Natürlich unterstützen wir es, wenn jemand eine Initiative in diese Richtung setzt, dass die Bestimmungen oder Förderungen des Landes günstiger werden, dass ein Sonderwohnbauprogramm gestartet werden wird. Beeinflussen können wir das nicht; aber wir können beeinflussen was wir hier in Wels beschließen, was wir hier im Rahmen unserer Gemeindeautonomie machen. Das ist unser heutiger mündlich deponierter Vorschlag, den wir dann in einer der nächsten Gemeinderatssitzung auch schriftlich vorlegen werden.

StR. Dr. Rabl (zu Wort gemeldet in seiner Eigenschaft als Referent): Als Wohnbaureferent möchte ich die Gelegenheit nutzen, um ein paar ergänzende Erläuterungen abzugeben. Kollege GR. Reindl-Schwaighofer dürfte mich missverstanden haben, wenn er spricht, wir wollen Betonwüsten. Das ist nicht der Fall. Wir wollen keine Betonwüsten sondern wir sagen, dass es zu einer Überregelung der einzelnen Bauvorschriften kam. Dies bedingt Mehrkosten im sozialen Wohnbau, die der Mieter bezahlen muss. Da gehört einfach überlegt, ob man das nicht verändert. Bei der Barrierefreiheit geht Bayern schon voran, die sagen ein Drittel der Wohnungen barrierefrei zu errichten genügt. Es müssen nicht alle Wohnungen barrierefrei sein, weil es zu einer regelmäßigen Fluktuation kommt – die Leute wechseln im Durchschnitt alle fünf Jahre ihre Wohnung. Dadurch ist diese Investition nicht für alle und jeden notwendig.

Man muss eine Unterscheidung treffen zwischen einer Wohnungsnot in Wels, weil es zu wenige Wohnungen gibt, mit ca. 2.000 Wohnungssuchenden auf der einen Seite und auf der anderen Seite leistbare Mieten und Betriebskosten. Mit einem – wie jetzt von der SPÖ-Fraktion – angekündigten Sanierungsprogramm im thermischen Bereich erreiche ich lediglich geringere Energiekosten, aber keine Wohnung für die 2.000 Wohnungssuchenden. Das heißt, mit diesem Programm kann man nur Betriebskosten senken. Nur wenn ich etwas saniere, muss das auch jemand bezahlen.

Dieser angesprochene Sanierungsbeitrag ist ja nur die Hälfte oder ein Drittel der Kosten, die anderen Kosten muss der Mieter bezahlen. Üblicherweise kommt es in den ersten Jahren zu einer Senkung der Energiekosten, andererseits wird der Sanierungsbeitrag aber um den gleichen Betrag erhöht, sodass es für den Mieter gleich teuer ist. Der Mieter zahlt dann nicht Betriebskosten für Energie, Heizung und Elektrizität, sondern er bezahlt den Sanierungsbeitrag für die teure thermische Sanierung. Die Wohnungsnot ist damit nicht saniert, weil dadurch keine einzige Wohnung geschaffen wird.

Wir Freiheitlichen überlegten uns einen anderen Weg, weswegen es mich überraschte, hier kein koordiniertes Vorgehen vorzufinden. Mitte der Neunziger-Jahre bis 1998 gab es in Wels ein Wohnbauförderprogramm, bei dem mit Unterstützung der Stadt neue Wohnungen errichtet wurden, um die Wohnungsnot zu lindern und den 2.000 Wohnungssuchenden tatsächlich eine Wohnung zu geben. Es würde mich sehr freuen, wenn die Sozialdemokratie es mit ihren Vorschlägen ernst nimmt und diesem von uns vorgeschlagenen Wohnbausonderprogramm tatsächlich zustimmt. Das würde in Wels nicht nur optimale Wohnungen bringen sondern Wohnmehrraum schaffen, sodass jene, die jetzt eine Wohnung suchen, zukünftig auch wirklich eine Wohnung haben.

Ich bin erfreut, wenn wir in der gleichen Gemeinderatsitzung beide Konzepte diskutieren werden und vielleicht sogar eine Übereinstimmung erzielen. Dass das funktionieren kann, bewiesen wir ja schon in der Vergangenheit, z.B. beim Projekt Knorrstraße 24 mit Frau Stadträtin Huber. Bei diesem sehr desolaten Seniorenwohnhaus kam es zu sehr großen Problemen und die Stadt Wels nahm über 1,4 Mio. Euro in die Hand um das Projekt zu sanieren. 1,4 Mio. Euro für eine Sanierung - ich möchte nicht von einem Neubau sprechen – der Neubau hätte damals bei diesem Sonderwohnbauprogramm etwa 110 Mio. Schilling gekostet. Wir zahlen übrigens jetzt noch daran zurück, aber es bedeutete für die Bevölkerung von Wels einen großen Sprung nach vorne. Die Welser Bevölkerung hat es sich jedenfalls verdient qualitativ zu angemessenen Preisen zu wohnen.

Es geht nicht um die thermische Sanierung, die aus meiner Sicht nur beschränkt etwas bringt, sondern es geht darüber hinaus darum neuen Wohnraum für Wels zu schaffen, damit nicht alle abwandern. Wir stellten fest, dass derzeit sehr viele Jungfamilien in die Umgebungsgemeinden abwandern, weil sie hier keinen adäquaten Wohnraum finden. Das ist auch der Grund, warum in der Noitzmühle derzeit so viele Wohnungen leer stehen. Österreicher wollen dort einfach wegen der furchtbaren Zustände nicht hinziehen.

Johnny, ich weiß, du versuchst das mit deinem Verein zu ändern, was dir aber bisher nicht gut gelungen ist – hoffentlich wird das einmal besser. Tatsache ist, wir müssen uns auch um diese Probleme kümmern. Tatsache ist auch, dass der Wohnraum, der in der schönsten Lage in Wels gegeben ist, wegen der großen Integrationsprobleme brach liegengelassen wird. Hier wäre eine Integrationspolitik gefordert, die wirklich zu den Wurzeln geht. Hier müssen wir etwas ändern.

Erstens würde ich mir für Wels wünschen, den vorhandenen Wohnraum zu nutzen, wodurch die Welser Heimstätte wirtschaftlicher agieren könnte, denn die Wohnleerstellungskosten sind enorm und zweitens, eine thermische Sanierung durchzuführen. Da freut mich die Initiative der SPÖ-Fraktion, wobei man die Kosten noch näher betrachten muss. Das dritte Standbein wäre ein Sonderwohnbauprogramm, bei dem neuer Wohnraum geschaffen wird. Alle drei zusammengeführt wären ein gesamtheitliches Konzept, so wie ich mir Wohnungspolitik vorstelle. Leider liegen diese Bereiche nicht alle bei mir. Die bei mir liegenden Teile werde ich als Wohnungsreferent jedenfalls umsetzen.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Bgm. Dr. Koits: Diese Diskussion über die Wohnungssituation in der Stadt und „leistbares Wohnen“ ist sicher sehr gut und wichtig. Es gibt gegensätzliche Auffassungen darüber, wie leistbarer Wohnraum zu schaffen ist, wie sich Menschen in unserer Stadt Wohnungen mit adäquatem Standard leisten können. Daher sollte man sich alle noch kommenden Modelle anschauen, denn es geht dabei um leistbaren Wohnraum, aber auch um städtische Finanzen und um Finanzen des Landes Oberösterreich.

Ich möchte aber nicht, dass bei einer solchen Diskussion ein Stadtteil wieder in den Schmutz gezogen wird. Herr Dr. Rabl, das stimmt so einfach nicht. Dann sind sie nie in der Noitzmühle, dann gingen sie nie in die Freianlagen und sprachen mit den Menschen. Es ist richtig, ein bestimmter Handlungsbedarf ist gegeben. Aber bei ihrer Formulierung wird getan, als ob man in der Noitzmühle überhaupt nicht leben kann. Ich rede mit den dort wohnenden Menschen, wobei ich nicht nur höre, dass alles in Ordnung sei. Aber so wie sie es darstellen, so ist es bei Weitem nicht und das haben sich die dort lebenden Menschen einfach nicht verdient. Wir sollten mithelfen in jenem Stadtteil, wo Bestimmtes getan gehört und wir selbstverständlich auch tun, gemeinsam zu einem Ziel zu kommen, damit es dort keine leerstehenden Wohnungen mehr gibt. Dieses Ziel erreiche ich aber nicht durch Schimpfen und Schlechtmacherei, sondern durch eine Verbesserung der Situation.

Wir arbeiteten ein gemeinsames Konzept aus und jetzt vernehme ich von ihnen wieder, wie schlecht dort alles ist. So geht es nicht, das ist einfach nicht der richtige Weg! Der richtige Weg ist sich gemeinsam mit dem Aktivteam Noitzmühle den dort lebenden Menschen anzunehmen und die bereits eingeschlagene Richtung bis zum Abschluss des Projektes beizubehalten. Das wäre ein guter Zugang zu dieser Thematik.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits:

Dringlichkeitsanträge

Bgm. Dr. Koits: Es sind einige Anträgen bei mir eingelangt, die ich ihnen jetzt zur Kenntnis bringe.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend heilpädagogischer Hort:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 1 beigefügten Antrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Erlassung einer Verordnung, mit der das Entzünden von offenem Feuer und das Grillen in der Freizeitanlage Wimpassing reglementiert werden:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 2 beigefügten Antrag und stellt fest, dass es dazu bereits drei Abänderungsanträge (Anlagen 3-5) und einen Zusatzantrag (Anlage 6) gibt, die dann zur Sprache kommen, wenn wir diesen Antrag in der Sache behandeln.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

Vzbgm. Wimmer: Die SPÖ-Fraktion wird der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen und ich bedanke mich hier sehr ausdrücklich bei der ÖVP, dass sie dem Umweltreferenten auf die Sprünge half, wenngleich der Bürgermeister entsprechende Aufträge und Handlungen setzte.

Auch für die SPÖ-Fraktion ist dieser Antrag dringlich, weil sich die Situation in der Freizeitanlage in letzter Zeit dramatisch verschärfte, was ich mir auch vor Ort persönlich ansah. Einmal bei Betrieb und einmal ohne Betrieb, das heißt am Vormittag bei Schlechtwetter, wo diese Freizeitanlage fast eine Naturidylle darstellt. Die zweite Seite der Dringlichkeit ist, wenn wir das Thema angehen, müssen wir es jetzt angehen und nicht erst im Herbst für das nächste Jahr. Wir müssen ein deutliches Signal an die Anrainer und Anrainerinnen, aber auch an die Nutzer senden durch die heutige Beschlussfassung und ich hoffe auch durch die heutige Debatte.

Deshalb brachte die SPÖ-Fraktion einen Abänderungsantrag ein, um dieses Signal an die Bevölkerung und an die Nutzer der Anlage noch zu verstärken. In diesem Abänderungsantrag geht es darum, dass bereits heute in Form eines Rahmenbeschlusses festgelegt wird, dass die Betriebszeit der Freizeitanlage Wimpassing eingeschränkt wird auf die Tageszeit von 6.00 bis 22.00 Uhr. Ich halte diesen Aspekt für dringlich, um der Bevölkerung zu zeigen, dass wir es ernst meinen. Der klassische Verordnungsweg dauert wesentlich länger, daher heute dieser dringliche Antrag mit dringlichem Beschluss mit notwendigen Abänderungen, um bestimmte Rahmen vorzugeben.

Vzbgm. Dr. Wieser: Es ist wirklich schön, dass dieser Antrag nochmals behandelt wird, allerdings finde ich die Einleitung des Kollegen Wimmer etwas eigenartig. Der Gemeinderat beschäftigte sich in der letzten Sitzung am 15. April mit dieser Angelegenheit der Freizeitanlage Wimpassing und kam mittels Geschäftsordnungsantrag zu dem Entschluss, diesen Antrag dem Umweltausschuss zuzuweisen. Der Umweltausschuss behandelte diesen Antrag sofort in seiner nächsten Ausschusssitzung vier Wochen später. Viele Dinge, die heute wieder im ÖVP-Antrag sowie im Ergänzungsantrag der SPÖ enthalten sind, wurden sachlich besprochen und, soweit es Aufgabe des Referenten oder der Beamten ist, auch durchgeführt. Die Ordnungsangelegenheiten betreffend kam der Umweltausschuss natürlich zur Auffassung, dies sei Angelegenheit des Präsidialausschusses und wurde diesem zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Am 25.04.2013 fand dieser Umweltausschuss statt und bereits vier Tage später führte ich mit den entsprechenden Fachbeamten einen Lokalausgleich durch. Wir kamen zur Meinung, dass das Umweltreferat gewisse Dinge durchaus regeln kann. Wir beschlossen Maßnahmen zum Beenden der Raserei, Maßnahmen für die Umsituierung der Betonelemente, stellten zusätzliche Abfallkörbe und ein Abfallsammelsystem und dergleichen zur Verfügung. Wir benötigen jedoch noch etwas Unterstützung von der Verkehrsplanung, da es sich dabei um eine öffentliche Anlage handelt. Die anderen Dinge wurden bereits in die Wege geleitet. Das war am 29. April 2013.

Sie, Herr Bürgermeister, ließen sich diese Maßnahmen schriftlich von den Beamten geben und forderten in einem Presstext am 8. Mai genau diese Dinge, die ich mit den Beamten am 29. April bereits beschlossen habe. Heute berichten die OÖ Nachrichten, dass Dr. Wieser in dieser Sache säumig geworden ist. Nennen sie mir ein Beispiel hier im Gemeinderat, wo ein Referent so schnell handelte.

Zwischenruf Bgm. Dr. Koits: Ich!

Vzbgm. Dr. Wieser: Wir brachten dazu einen Abänderungsantrag ein – bitte diesen hier auch anzumerken – in dem beim ÖVP-Antrag das Wort „verbieten“ zu streichen ist. Das Grillen gehört besser geregelt, aber keinesfalls verboten, denn die Leute grillen in der Freizeitanlage Wimpassing seit 40 Jahren. Mit dem Zusatzantrag möchten wir eine permanente Überwachung in der Saisonzeit. Durch diese beiden Punkte ist die Dringlichkeit gerechtfertigt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir von der GRÜNEN-Fraktion sehen selbstverständlich auch die Dringlichkeit in dieser Angelegenheit. Es liegen Belästigungen der Anrainer vor, die eine Reihe von Maßnahmen erfordern. Ob der Antrag der ÖVP-Fraktion in vorliegender Art dazu geeignet ist, daran hege ich berechtigte Zweifel. Grundsätzlich sind wir GRÜNEN auch der Meinung, dass hier die Dringlichkeit des Antrages gegeben ist.

Wir behandelten diesen Antrag schon einmal im Gemeinderat. Dass er heute wieder auf der Tagesordnung steht und besonders dringlich ist, liegt unter anderem auch daran, wie er weiterbehandelt wurde. Er wurde das letzte Mal vom Gemeinderat an den Umweltausschuss verwiesen, in welchem ich Frau Kollegin Leitinger vertrat. Dort wurde ich Zeuge einer Bearbeitung dieses Antrages, die darauf hinauslief, dass der zuständige Referent, Dr. Wieser, die Zuständigkeit so schnell wie möglich loswerden wollte, damit nicht unnötige Arbeit anfällt. Das war mein Eindruck und deshalb müssen wir uns heute wieder damit beschäftigen. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen.

StR. Dr. Rabl: Wir haben heute viele Zuschauer und ich bedauere es, dass der Gemeinderat sich in dieser Art und Weise den Zuschauern präsentiert. Insbesondere in der Form, dass zur Dringlichkeit gesprochen wird und Herr Vizebürgermeister Wimmer zu allem Möglichen spricht, nur nicht zur Dringlichkeit, damit es alle Zuschauer hören können, weil er befürchtet sie könnten den Saal verlassen, bevor das Thema behandelt wird. In der Folge sprechen dann alle anderen auch zu allen möglichen Themen, weil sonst die Replik nicht vorhanden ist. Das bezeichne ich als wirklichen Tiefpunkt in unserer Gemeinderatssitzung, was ich für die Besucher bedaure; die Sachdebatte sollte doch erst später geführt werden.

Die Dringlichkeit wird dann immer von demjenigen eingefordert, der gerade am Wort ist. Ich werde aber tatsächlich zur Dringlichkeit sprechen. Aus meiner Sicht ist die Dringlichkeit gegeben, aber sie wäre auch schon beim letzten Antrag gegeben gewesen. In der letzten Sitzung gab es dazu bereits einen Antrag der FPÖ-Fraktion. Da die Anrainer jetzt Druck ausüben, brachte die ÖVP-Fraktion einen Antrag ein. Natürlich sehr gut für die ÖVP, weil sehr öffentlichkeitswirksam. Es stellt sich jedoch die Frage, was passierte bisher und ist es jetzt wirklich dringlich notwendig Maßnahmen zu ergreifen, die ohnehin bereits ergriffen wurden?

Für die Ergreifung der Maßnahmen ist die Dringlichkeit nicht mehr gegeben, weil die Maßnahmen, die Vizebürgermeister Dr. Wieser ergreifen konnte, ja bereits ergriffen wurden. Die Dringlichkeit ergibt sich aus einem anderen Grund. Es geht darum, ob die ausgesprochenen Verbote, wie eine eingeschränkte Benützung, Videoüberwachung des Mülls, Videoüberwachung der Grillplätze etc. kontrolliert werden. Das ganze Verbot bringt nichts, wenn es keiner kontrolliert. Wir wollen heute darüber diskutieren, wie die tatsächlich ausgesprochenen Verbote exekutiert werden. Dafür sind der Herr Bürgermeister mit der Ordnungswache und natürlich auch die Polizei zuständig. Nur wenn ich gewährleisten kann, dass diese Verbote auch tatsächlich eingehalten werden, indem die Ordnungswache an schönen Tagen die Einhaltung überprüft, kann es zu Verbesserungen bei der Wohnbevölkerung kommen.

Bgm. Dr. Koits: Zur Dringlichkeit bitte und nur eine Wortmeldung pro Fraktion!

StR. Dr. Rabl: Nur unter diesem Aspekt kann man die Dringlichkeit auch zusprechen. Es geht hier darum, notwendige Kontrollmechanismen zu schaffen, dafür ist der Bürgermeister zuständig und deshalb ist aus unserer Sicht dieser Antrag wirklich dringlich.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es ist ganz dringlich aktiv zu werden, weil der Herr Vizebürgermeister Dr. Wieser es nicht zusammenbrachte etwas Exekutierbares auf den Tisch zu legen. Diese dringliche Angelegenheit gehört unbedingt vor dem Sommer erledigt.

GR. Markus Wiesinger: Bis jetzt fiel das Wort „Dringlichkeit“ 37-mal, wir zählten mit! Der Antrag ist deshalb dringlich, weil den Anrainern der Freizeitanlage dieses Schauspiel hier im Gemeinderat erspart bleiben soll. Ebenso soll eine schnelle und rasche Lösung für die Anrainer getroffen werden.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Koits: Die Abänderungsanträge bzw. der Zusatzantrag werden dann in der Sachdebatte mitbehandelt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Vermarktung von Kultur- und Sportaktivitäten durch die Wels Marketing & Touristik GmbH; Auftrag an die Wels Marketing & Touristik GmbH:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 7 beigefügten Antrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

17 Ja-Stimmen (SPÖ-, GRÜNE-Fraktion und Stimme Vzbgm. Lehner)
gegen 17 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-Fraktion ohne Stimme Vzbgm. Lehner)

aberkant.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Ausschussverordnung 2009 abgeändert wird
(2. Novelle zur Ausschussverordnung 2009)
DI-Verf-097-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 02.05.2013, der Gemeinderat möge die beiliegende 2. Novelle zur Ausschussverordnung 2009 samt den Plänen (Anlage 8) zur Abgrenzung der Bereiche Innenstadt Kernzone 1 und Innenstadt Kernzone 2 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

2.)

Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2012;
Genehmigung
FD-Buch-15-2012, miterledigt:
FD-Fin-101-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 25.04.2013 und im Stadtsenat am 07.05.2013:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2012 (Anlagen 9 u. 10) wird genehmigt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Im Vergleich zu den jährlichen Budgetdiskussionen im Gemeinderat hat der Rechnungsabschluss meist weniger Aufmerksamkeit und ist eine weniger aufregende Angelegenheit, denn schließlich kann man nichts mehr ändern an der Entwicklung der Finanzen, wie sie im Rechnungsabschluss dargestellt werden.

Ich glaube es lohnt sich, einen intensiveren Blick in dieses Zahlenwerk zu werfen. Denn der Rechnungsabschluss zeigt uns nun schwarz auf weiß, wie sich die Stadtfinanzen im Jahr 2012 entwickelten. Das große Plus, mit dem sich Finanzreferent Wimmer heute lobpreist, sucht man dort vergeblich. Tatsache ist, schon die laufenden Ausgaben gestalten sich negativ, das heißt, die laufenden Ausgaben sind um ein ¼ Mio. Euro höher als die laufenden Einnahmen. Schon das sollte ein Grund sein sich Sorgen zu machen, denn das bedeutet, die Stadt erwirtschaftete nichts um Investitionen finanzieren zu können. Das Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ), in Sachen Budget die unumstrittenste kompetenteste Institution in Österreich, spricht in so einem Fall von einer sehr ernstesten Finanzsituation, die unverzüglich Sanierungsmaßnahmen erfordert. Zu diesem Negativsaldo der laufenden Gebarung kommt aber nun noch der Schuldendienst. Die Stadt Wels nahm ja eine Unmenge an Darlehen auf, die sie in festgelegten Tilgungsraten abtrottern muss, um den inzwischen angehäuften Schuldenberg von 59 Mio. Euro stückweise wieder abzutragen. Doch mit welchem Geld?

Da die Stadt ohnehin schon mehr ausgibt als sie einnimmt, können diese Rückzahlungen natürlich nicht aus der laufenden Gebarung heraus geleistet werden. Andererseits zeigt der Rechnungsabschluss aber sogar eine Verringerung der Schulden um 6 Mio. Euro. Wie ist dieses Wunder zu erklären? Damit komme ich zum Thema Rücklagen. Die Rücklagen stellen die finanziellen Reserven unserer Stadt dar und im Jahr 2012 wurden diese Rücklagen in der Höhe von 12 Mio. Euro aufgelöst. Die Stadt Wels verringerte also ihre Schulden, aber zu dem Preis, dass die finanziellen Reserven der Stadt um 12 Mio. Euro weniger wurden. Diese Entwicklung der Rücklagen muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen. Man muss sich anschauen, wie die Rücklagenentwicklung sich über einen längeren Zeitpunkt hinweg gestaltete.

Zu Jahresbeginn 2012 betrugen die Rücklagen der Stadt noch 26 Mio. Euro, am Ende des Jahres 2012 nur mehr 14 Mio. Euro. Das heißt 12 Mio. Euro, also fast die Hälfte der Rücklagen, wurden zur Bedienung des Schuldendienstes herangezogen und um Investitionen zu finanzieren. Das ist unserer Meinung nach schlicht und ergreifend ein Wahnsinn. Dass dieses Leben auf Pump früher oder später ein Ende haben wird, kann nicht oft genug betont werden.

Rücklagen sind keine heiligen Kühe, die nicht angerührt werden dürfen. Der Meinung sind wir auch nicht. Aber, meine Damen und Herren, 2012 war ein Jahr der wirtschaftlichen Erholung für die Stadt Wels, denn die Bundesertragsanteile stiegen, die Kommunalsteuereinnahmen stiegen und trotzdem löste der Finanzreferent 12 Mio. Euro Rücklagen auf. Wo liegt hier der Blick in die Zukunft? Was ist an so einer Budgetpolitik nachhaltig? Was machen wir dann, wenn die nächste Krise kommt? Denkt hier eigentlich

noch jemand an die nächsten Generationen? Denkt überhaupt wer über die nächste Wahl hinaus? Wir haben den Eindruck, dass das nicht der Fall ist.

Für uns GRÜNE verhärtet sich immer mehr der Verdacht, dass in der Stadt Wels betreffend Finanzen die beliebte Vogel-Strauß-Politik Einzug gehalten hat. Kopf in den Sand, hoffen sich irgendwie durchzuwurschteln und allen vorgaukeln, alles sei in Ordnung. Für solch eine Finanzpolitik sind wir GRÜNEN aber nicht zu haben.

Vzbgm. Lehner: Zuerst möchte ich mich bei den Welser Unternehmern und den Mitarbeitern des Magistrates bedanken. Der Rechnungsabschluss weist eine Erhöhung der Kommunalsteuereinnahmen von 5,1 Prozent aus. Die Kommunalsteuereinnahmen verlaufen sich jetzt auf 32,5 Mio. Euro für 2012. Das zeigt, dass die Beschäftigung in unserer Stadt stärker steigt als beispielsweise die Inflationsrate bzw. steigen die Gehälter und Löhne in unserer Stadt intensiver, das spricht für eine gute Wirtschaft.

Die weniger erfreulichen Dinge sind im Kontrollbericht angeführt. Bedanken möchte ich mich bei Frau Mag. Österreicher sehr herzlich, weil sie uns anhand von einigen Schlüsselkennzahlen zeigt, was in diesen dicken Werken eigentlich verborgen steckt. Sie zeigt anhand der öffentlichen Sparquote, die in Wels im Jahr 2012 bei einem negativen Wert von 0,1 Prozent lag, dass die Finanzsituation sehr ernst und Sanierungsmaßnahmen unverzüglich einzuleiten sind. Diesbezüglich bin ich sehr gespannt, welche Sanierungsmaßnahmen uns der Finanzreferent heute präsentieren wird.

Eine zweite Kennzahl ist die Eigenfinanzierungsquote, die 2012 bei 97,4 Prozent lag. Zur Finanzierung der Ausgaben ist eine Neuverschuldung oder die Auflösung von Rücklagen notwendig. Auf lange Sicht ist das sicher sehr kritisch für unsere Stadt. Die Verschuldungsdauer – die Dauer in der Kredite zurückbezahlt werden können – ist für Wels nicht mehr berechenbar, also wie lange unsere Kindeskindern noch unsere Kredite zurückbezahlen müssen. Die freie Finanzspritze hat einen Wert von – 1,5 Prozent. Auch hier ist klar ersichtlich, dass die laufende Gebarung abzüglich laufender Tilgungen nur auf Basis einer Nettoneuverschuldung finanzierbar ist. Demnach ein wirklich kritischer Bericht, deshalb ist es an der Zeit diese kritischen Zahlen in Aktivitäten weiter umzumünzen.

Am 13. Dezember 2012 wurden diesbezüglich schon einige Beschlüsse gefasst. Es bedarf aber noch weiterer Kraftanstrengungen um hier für die nächsten Jahre ein Budget zustande zu bringen, welches nicht auf Kosten unserer Kindeskindern geht, sondern das seriös mit den Eingaben und Ausgaben der Steuerzahler haushaltet und wirtschaftet.

StR. Dr. Rabl: Der gegenständliche Rechnungsabschluss stellt ja nur ein Zahlenwerk dar. Er gibt nur das wieder, was irgendwann einmal der Gemeinderat im vergangenen Jahr beschlossen hat. Deshalb wundert mich die Wortmeldung des Peter Lehner, denn das diesem Rechnungsabschluss zugrunde liegende Budget wurde mit Zustimmung der ÖVP-Fraktion beschlossen. Zumindest die im Rechnungsabschluss angeführten größeren Ausgaben wurden auch mit Zustimmung der ÖVP-Fraktion beschlossen. Es geht mir nicht darum dieses Zahlenwerk zu kritisieren. Es ist nur eine Zusammenfassung dessen, was wir in der Vergangenheit beschlossen. Es geht mir darum Schritte aufzuzeigen, was und wie kann man es besser machen.

Was man tun kann wurde - ausgenommen von der GRÜNEN-Fraktion - von allen Parteien im Dezember beschlossen. Es gab ein umfangreiches Maßnahmenpaket für jedes Referat, welche Schritte konkret gesetzt werden um den jetzt im Budget herrschenden Abgang zu reduzieren. Da gibt es viele Hausaufgaben: Der Herr Bürgermeister muss das Amtsblatt von 10 auf 6 Ausgaben reduzieren, im Tierpark ist die Artenvielfalt zu reduzieren – Dr. Rabl „erledigt“. Der Herr Finanzreferent muss sich Ausgliederungen ansehen und im Kulturbereich ist einiges umzusetzen. Es geht mir darum diese Hausaufgaben, die zur Sanierung des Budgets herangezogen werden, voranzutreiben. Was wir bis Ende 2013 von diesen Aufgaben wirklich umgesetzt haben, daran werden wir gemessen. Im nächsten Budgetgemeinderat im Dezember 2013 möchte ich mir ansehen, wer seine Hausaufgaben erledigte und wer nicht.

Die problematische Verschuldensdauer ist bekannt. Dass diese ins Negative rutschte, bezeichne ich als noch problematischer, aber wenig verwunderlich, wenn ich einem Budget zustimme, welches immer neue Schulden produziert. Die Freiheitlichen stimmten diesem Budget ja nicht zu, weil es für uns kein Zukunftsbudget darstellte, welches Neuverschuldung mit sich bringt. Das ist der Grund, warum wir heuer sehr wohl zustimmten, weil man mit dem festgelegten Maßnahmenpaket einen zukunftsorientierten Budgetprozess einleiten und auch begleiten kann. Wenn wir diesen Weg beschreiten hat er sicher positive Auswirkungen auf das Budget. Aber warten wir ab bis Dezember 2013. Vorher kann man nichts sagen. Dieses Zahlenwerk beinhaltet nur die mehrheitlichen Beschlüsse des Gemeinderates.

Vzbgm. Wimmer: Zur Rede des Herrn Dr. Rabl, in der er sich selbst zitierte, und „erledigt“ erwähnte, zitiere ich aus dem Gemeinderatsbeschluss vom 13. Dezember 2012, der zum Thema Tierpark folgendermaßen lautet: Erhaltung als Erholungsraum bei freiem Eintritt, kein Zoo und nur heimische Tierarten. Was bezeichnet Herr Dr. Rabl heute als erledigt? Die großartige Einsparung ergibt sich durch Reduktion der Aufwendungen für die Tiere um 20.000 Euro, damit entsprach er aber noch nicht einmal ansatzweise diesem Beschluss, wo es heißt kein Zoo, nur heimische Tierarten. Jeder kann sich als Besucher des Tierparks über diesen „erledigten“ Beschluss überzeugen – nichts davon wurde erfüllt.

Ich bin überrascht, dass hier im Gemeinderat über einen an sich vertraulichen Bericht des Kontrollamtes und des Kontrollausschusses diskutiert wird, der dem Finanzreferenten noch nicht einmal zugegangen ist. Weder der Finanzreferent noch der Finanzdirektor wurden zur Sitzung des Kontrollausschusses eingeladen. Das ist ein bestimmter Stil, den müssen wir zur Kenntnis nehmen. Ich würde jedoch bitten Berichte dann zu diskutieren, wenn diese allgemein zugänglich sind.

Zwischenrufe: Der war bei den Gemeinderatssitzungsunterlagen dabei!

Vzbgm. Wimmer: Der Kontrollausschuss stellte über Vorschlag der Stabstelle Kontrolle und Revision die Richtigkeit und Ordnungsmäßigkeit dieses Rechnungsabschlusses fest. Und nur in einem Anhang sind unter der Bezeichnung „Quicktest“ bestimmte Parameter des kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums abgehandelt. Dabei handelt es sich nicht um Ziffern der Kontrollstelle oder des Kontrollausschusses, sondern es handelt sich um Ziffern aus der Broschüre des Rechnungsabschlusses. Das sind Ziffern des Finanzreferates, denn es gibt absolut nichts zu verheimlichen. Wie schon Dr. Rabl richtig erwähnte, stellt dieses Zahlenwerk lediglich eine Wiedergabe der Beschlüsse, die dieser Gemeinderat im abgelaufenen Jahr fasste, dar. Es sind dies

nicht Beschlüsse, die der Finanzreferent aufoktroyierte, sondern Anträge aus den Referaten oder Amtsvorschläge, die hier Eingang fanden.

Ein Beispiel zur Bewertung dieser „Quicktest“ am Beispiel der öffentlich angesprochenen Sparquote, die mit -0,13 Prozent im Rechnungsabschluss aufscheint und von der Kontrollstelle in den Kontrollbericht in einem Anhang übernommen wurde.

Hier handelt es sich um sogenannte Querschnittsrechnungen, dabei werden dem ordentlichen Haushalt bestimmte Parameter des außerordentlichen Haushalts aus dem Bereich Instandhaltung zugeordnet. Das basiert auf Bestimmungen des Rechnungslegungsgesetzes usw., welches für uns allerdings nicht rechtsverbindlich ist, denn dieser Test basiert auf Freiwilligkeit, dem wir uns sehr gerne unterziehen. Wird dann im Kontrollausschuss darüber diskutiert, sollte man aus Sicht des Finanzreferates Gelegenheit haben entsprechende Erklärungen oder Erläuterungen geben zu können. Dies wurde uns verwehrt, weshalb ich sie heute anhand eines Beispiels zur öffentlichen Sparquote über Folgendes informieren möchte:

Im Zuge dieser Querschnittsrechnung wurden bestimmte Parameter des außerordentlichen Haushaltes miteinbezogen, wie z.B. das Programm der LED-Umstellung, bestimmte zusätzliche Investitionen im Schulbereich und bestimmte Reparaturen im Wellorado. Beim Beispiel LED wurden Aufwendungen in der Höhe von 497.000 Euro von der Buchhaltung unter „Instandhaltung“ und nicht unter „Instandsetzung“ verbucht. Ich war nicht gänzlich dieser Meinung, der Herr Finanzdirektor diskutierte dies ausführlich mit dem Leiter der Stadtbuchhaltung und das Ergebnis war diese Verbuchung.

Würde ich diese 497.000 Euro jetzt nicht unter „Instandhaltung“ sondern unter „Instandsetzung“ verbuchen, dann würde dieser Betrag in dieser Querschnittsrechnung nicht aufscheinen. Selbst wenn ich nur diesen kleinen Betrag von 497.000 Euro hernehme, bei einem Budget von 200 Mio. Euro, würde diese öffentliche Sparquote nicht -0,13 betragen, sondern +0,13, wobei sich zufällig eine Zifferngleichheit ergibt. Aber sie sehen, ein kleiner Buchhaltungsschritt ermöglicht vom Minus ins Plus zu gelangen. Es gibt noch eine Vielzahl von Gemeinderatsbeschlüssen, die zu diesem Ergebnis führten, wo letztlich die Art der Verbuchung als „Instandsetzung“ oder „Instandhaltung“ die entscheidende Rolle spielt.

Die angesprochenen Parameter führten im Rechnungsabschluss im Vergleich 2011 / 2012 dazu, dass in der Querschnittsrechnung nicht durchschnittlich rund 1 Mio. Euro des außerordentlichen Haushaltes dem ordentlichen Haushalt zugeordnet wurden, sondern es waren im Jahr 2012 rund 3 Mio. Euro aus diesen Instandhaltungsmaßnahmen, die in der Formel des KDZ anders verbucht worden sind. Daher sind diese Kennziffern – es handelt sich um Kennziffern und nicht um Dogmen – in einigen Bereichen ins Negative gerutscht.

Natürlich ist ein gewisser Handlungsbedarf vorhanden und sie können versichert sein, dass ich dementsprechend handeln werde, nicht immer zur Freude der Mitglieder des Gemeinderates, auch nicht der eigenen Fraktion. Ich erinnere mich noch gut daran, als es vor drei Jahren aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise notwendig wurde eine Haushaltssperre zu verhängen. Mitten im Jahr stieß das nicht auf ungeteilte Zustimmung und schon gar nicht auf Begeisterung hier im Gemeinderat. Ich hielt es aber für notwendig. Sollte wieder so eine Situation eintreten, wenn die eingeleiteten Reformmaßnahmen nicht in dem Ausmaß greifen oder wenn es zu einer signifikanten Einnah-

menreduzierung in wichtigen Bereichen, wie die Bundesertragsanteile kommt - wo wir uns heute Ende April sozusagen auf der Nulllinie bewegen, wir haben an Bundesertragsanteilen genau jene Einnahmen erhalten, die wir budgetiert haben, wir haben keine Überschüsse - dann kommt es auch zu spürbaren Reduktionen im Vollzug des Budgets der Stadt Wels 2013. Ich versichere ihnen, dass ich das in meiner Funktion als verantwortlicher Finanzreferent so veranlassen werde.

Dass wir am 13. Dezember des Vorjahres für die Zukunft strukturelle Maßnahmen beschlossen haben, halte ich nach wie vor für richtig und gut. Die Verantwortung wurde mit diesem Gemeinderatsbeschluss den einzelnen Mitgliedern des Stadtsenats übertragen, weshalb ich an jedes einzelne Stadtsenatsmitglied appelliere die entsprechenden Punkte anzugehen. Zum Teil erfolgte dies bereits, in anderen Teilen verfüge ich nicht über die notwendigen Informationen, gehe aber als Optimist in der Politik davon aus, dass die notwendigen Prüfungsschritte für die einzelnen Vorhaben und Projekte bereits eingeleitet wurden.

Dem Rechnungsabschluss selbst ist nichts mehr hinzuzufügen, bedanke mich aber genauso wie der Kollege Lehner bei allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, welche die wesentlichen Elemente unseres Haushaltes darstellen. 65 Mio. Euro Bundesertragsanteile aus Bundessteuer, über 30 Mio. Euro aus Kommunalsteuer, davon leben wir in unserer Stadt ganz wesentlich. Der Dank gebührt natürlich allen, die pünktlich und gerecht ihre Steuerleistung begleichen.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

3.)

Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2013;
Feststellung
FD-Fin-100-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 25.04.2013 und im Stadtsenat am 07.05.2013:

Der 1. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2013 (Anlage 11) wird gemäß § 54 Abs. 1 StW. 1992 i.d.g.F. mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 197,721.300,--
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 197,721.300,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 28,860.800,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 28,860.800,--

StR. Zaunmüller: Es heißt zwar es ist ein Nachtragsvoranschlag, für mich ist es aber ein Zukunftsvoranschlag, weil er für den Kultur- und Bildungsreferenten sehr wichtige Investitionen beinhaltet. Diese Investitionen – die wir hoffentlich heute beschließen – stellen wichtige Investitionen in die eigene Zukunft und ganz besonders in die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde.

Wir ersehen das unschwer daran, dass es sich dabei um ein großes Investitionsvolumen handelt, welches in die Schulen und in die Kindergärten einfließt. Zum angesprochenen Thema Schule möchte ich mich ganz besonders bei den engagierten Lehrerinnen und Lehrern der Welser Pflichtschulen, die ihre Arbeit nicht nur ausgezeichnet, sondern auch mit großem Engagement durchführen, bedanken. Sie führen ihre Arbeit nämlich meist mit mehr Tadel als Lob durch.

Aber neben der pädagogischen Wissensvermittlung, für die die Stadt ja nicht direkt zuständig ist, ist es notwendig entsprechende Begleitmaßnahmen, sozusagen die Hardware, zur Verfügung zu stellen. Dazu benötigt man ergonomische Einrichtungen, abgestimmt natürlich auf Alter und Körpergröße, eine dem 21. Jahrhundert entsprechende EDV-Vernetzung, den laufenden Einrichtungsnachholbedarf, der in den vergangenen Jahren bedauerlicherweise etwas zu kurz gekommen ist, oder eine neue Klasseneinrichtung für die Nachmittagsbetreuung.

Als besonders wichtig, wenn wir von der Zukunft unserer Kinder sprechen, betrachte ich den Sport. Ganz aktuelle Studien zeigen uns, dass bei den Kindern von heute Bewegung und Sport zu kurz kommen. Das heißt, wir benötigen in Wels funktionierende Turnhallen, wofür ein großes Investitionsvolumen vorgesehen ist. Wir brauchen weiter eine Bewusstseinsbildung bei den jungen Menschen, um ihnen die Wichtigkeit von Bewegung und Sport zu vermitteln, denn Bewegung und Sport sind wichtige Faktoren für Wohlbefinden, Leistungsfähigkeit und Kreativität.

StR. Dr. Rabl: Die hier angeführten Investitionen für Wels sind in mehrerer Hinsicht wichtig für Wels, weil sie auch eine freiheitliche Handschrift tragen. Beginnen möchte ich bei meinem eigenen Referat mit dem Tierpark, der tatsächlich zu einem Familienerlebniszentrum ausgebaut werden konnte. Mit sehr viel Attraktivität für kleine Kinder durch den Ausbau der Spielplätze und durch eine sehr familienfreundliche Gestaltung. Natürlich setzte ich meinen Antrag voll durch, denn nach den Vorgaben hätte dies bedeutet, dass es gar keine Tiere mehr im Zoo gäbe, weil die Zooverordnung eine etwas komplizierte A, B und C-Kategorisierung vorsieht. Aber hätte man den Zoostatus abgeschafft, hätte man den Tierpark abgeschafft. Es ist richtig, nicht alle Tiere sind heimische Tiere, beispielsweise der Dammhirsch kommt nicht aus Österreich, sondern aus Südafrika. Da er aber das gleiche Futter frisst, hätte es keine Ersparnis gebracht, ihn gegen einen österreichischen Hirschen auszutauschen. Deshalb wurde dieser Beschluss im Ausschuss einstimmig – auch mit den Stimmen der SPÖ-Fraktion – gefasst, weil derartige Einsparungen nicht wirklich Einsparungen sind. Somit war mein Ressort abgedeckt und erledigt, was natürlich den Herrn Vizebürgermeister Wimmer schmerzt, weil er noch nichts weiterbrachte.

Die anderen Bereiche sind mir sehr wichtig. Es kommt zu einer totalen Sanierung der Welser Fußgängerzone, wobei die ersten Schritte schon eingeleitet und entsprechend budgetiert wurden. Ich betrachte das als große Aufwertung für die Innenstadt, weil die Fußgängerzone das Kerngebiet von Wels darstellt und jeder, der durch die Fußgängerzone geht, möchte das Gefühl haben, hier in einer Wohnzimmeratmosphäre mitten in

Wels zu sein und entsprechende Einkäufe zu tätigen. Wir leben vom Handel und Wels ist nun einmal die Einkaufsstadt. Diese Positionierung haben wir schon Jahrzehnte und diese gehört auch wieder entsprechend gestärkt und gefördert. Dieser große Schritt nach vorne ist mir persönlich sehr wichtig.

StR. Zaunmüller sprach schon den großen Schwerpunkt in den Bereichen Schule und Sport an – es soll das Sportzentrum Wimpassing verwirklicht werden. Es sollen die Schulen saniert und weitere Sportanlagen errichtet werden, was ein großer Verdienst für Vzbgm. Wimmer ist, der sich hier sehr für den Sport einsetzte.

Dieses Budget und dieser Nachtragsvoranschlag stellen einen großen Schritt in die richtige Richtung dar. Man sieht, dass in Wels sich in sehr vielen Bereichen etwas bewegt, darum stimmen wir für diesen Nachtragsvoranschlag.

GR. Prof. Mag. Teubl: Zur Berichterstattung von Vzbgm. Wimmer über die öffentlichen Sparquote im Kontrollbericht möchte ich Folgendes anführen: Wir stellten schon fest, dieser Kontrollbericht liegt jedem Gemeinderatsmitglied vor; man kann sich diese öffentliche Sparquote übrigens auch selber ausrechnen. Sie steht auf Seite 9 des Rechnungsabschlusses der Stadt Wels. Man braucht nur die Ziffer 19 minus die Ziffer 29 rechnen, der daraus sich ergebende Saldo ist bereits angeführt. Ich weiß nicht, was hier das große Geheimnis ist, wenn man das in Beziehung zu den Einnahmen stellt, kommt man genau auf diese Zahl.

Herr Finanzreferent Wimmer spricht immer davon, dass die Regeln der Kameralistik ganz, ganz streng sind, es herrsche kein Spielraum für irgendwelche Verbuchungen. Dennoch sagte er vorhin, es sei die Sparquote deshalb so schlecht ausgefallen, weil etwas anders verbucht wurde, als er es sich gewünscht hätte.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das habe ich nicht gesagt! Da muss ich sie korrigieren. Ich führte ein Beispiel an, wie man etwas verbuchen könnte oder nicht.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wie man es hätte auch anders verbuchen können. Aber entweder es stimmt, dass die Kameralistik streng ist, oder es stimmt, dass man Dinge auch so oder so verbuchen kann. Schließlich werden Kritikern immer Vorwürfe gemacht, sie kennen sich mit der Kameralistik halt einfach nicht aus oder haben falsche Zahlen. Was auch immer – dem muss man einmal wirklich begegnen.

Aber jetzt zum vorliegenden Nachtragsvoranschlag. Das Theater um das Budget der Stadt Wels ist heuer um einige Facetten reicher als sonst. Erinnern wir uns kurz an das Geplänkel im Vorfeld des Budgetgemeinderates im Dezember 2012, wo es hieß, dass wir an allen Ecken und Enden sparen müssen. So sah der erste Budgetentwurf auch aus. Es war das Budget der unerfüllten Wünsche und das Budget der vielen Nullen. Ein Budget, welches nicht im Entferntesten die Notwendigkeiten des politischen Alltages abbildete. Das war der erste Teil des Theaters. Schließlich ließ sich Herr Vizebürgermeister Wimmer – zumindest dem Schein nach widerstrebend – bis zur Budgetvorlage im Gemeinderat doch noch einige wenige äußerst dringende Projekte abringen.

So hatten die ÖVP-Fraktion und die FPÖ-Fraktion das Gefühl einen Erfolg errungen zu haben und der Finanzreferent konnte behaupten, an den schlechten Zahlen des Voranschlags nicht schuld zu sein. Im Gegenzug dazu fasste man einen Budgetbegleitbeschluss, den sogenannten Sparbeschluss, der noch einmal den Sparwillen der Stadt-

senatsfraktionen unterstreichen sollte. Dieser war aber so dilettantisch gemacht, dass nicht einmal das Einsparungspotential der enthaltenen Maßnahmen angegeben werden konnte. So beschloss der Gemeinderat im Dezember gegen die Stimmen der GRÜNEN-Fraktion ein Budget, das den Schuldenstand der Stadt Wels auf 66 Mio. Euro hinauftreibt, obwohl dort aber immer noch viele notwendige Investitionen nicht enthalten waren. Das war der zweite Teil des Theaters.

Schon wenige Monate nachher sind wir hier im Gemeinderat versammelt, um einen ersten Nachtragsvoranschlag zu beschließen, weil es sich offensichtlich zeigte, wie unrealistisch auch dieses Budget noch war. Normalerweise beschließen wir hier einen Nachtragsvoranschlag im Dezember, um das, was sich im Laufe des Jahres noch ergeben hat, irgendwie auch rechtlich richtig unterzubringen.

Ich halte es für ein Armutszeugnis, jetzt schon im Mai einen Nachtragsvoranschlag nötig zu haben. Wir beschließen hier 9,5 Mio. Euro, die zusätzlich ausgegeben werden sollen. 9,5 Mio. Euro, die im Dezember 2012 weder veranschlagt, noch bedeckt und anscheinend noch nicht einmal vorstellbar waren. Das ist doch ein bisschen ungläubwürdig, meine Damen und Herren! Damals war noch die Rede vom Stabilitätspakt und von Maastrichtschädlichkeit von Ausgaben und heute beschließen sie hier eine Neuverschuldung von 17 Mio. Euro für das Jahr 2013. Damit erhöhen sie den im vorigen Jahr um ein kleines Stück reduzierten Schuldenberg wieder. Sie steigern die Gesamtverschuldung damit von 53 Mio. Euro auf 70 Mio. Euro. Das ist der dritte Akt des Theaters.

Das ist aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion ein Wahnsinn. Sie wissen das auch, und sie wissen auch, dass dieser den in trauter Eintracht gefällten Beschluss ihren Sparbetreibungen diametral entgegengesetzt ist. Sie predigen Wasser und betrinken sich mit Wein in vollen Zügen. Das Schlimme ist aber, dass ich die Zwickmühle in der sie sich befinden, sehr gut verstehe. Jede Fraktion, die diesem Nachtragsvoranschlag zustimmen wird, hat nämlich damit auch etwas zugestanden bekommen, sie hat etwas Wichtiges finanziert bekommen. So muss auch jede Fraktion diesem Wahnsinn zustimmen. Es gibt tatsächlich viel zu tun, denn es gibt eine Vielzahl von Projekten, die finanziert werden wollen, um endlich starten zu können. Dennoch finden wir GRÜNE es bedenklich sich auf solch einen Kuhhandel einzulassen, der die Finanzsituation der Stadt in bedenklicher Weise verschlechtert. Wir können doch nicht alles gleichzeitig machen, was es mehr oder minder dringend in unserer Stadt braucht.

Deswegen finde ich es so schlimm, dass unsere Stadtfinanzen keine Planungen erkennen lassen, weder im Budget 2013 noch in der mittelfristigen Finanzplanung sind die Anforderungen der nächsten paar Jahre auch nur annäherungsweise realistisch abgebildet.

Alle diese Finanzplanungsinstrumente verkamen zu einem reinen Fantasiekonstrukt, das können wir uns schon längst nicht mehr leisten. Deshalb werden wir diesem Nachtragsvoranschlag nicht zustimmen. Nicht, weil uns die Zukunft der Stadt Wels egal ist. Nicht, weil wir gegen die Umsetzung von Projekten sind. Wir stimmen dagegen, weil wir an morgen denken und wir ohne Planung und Prioritätensetzung morgen sehr arm aussehen werden, wenn sich an der Herangehensweise in Finanzdingen nicht grundlegend etwas ändert.

GR. Markus Wiesinger: Ich muss dem Kollegen Mag. Teubl Recht geben. Vor gut fünf Monaten wurden hier im Gemeinderat Budgetbegleitmaßnahmen beschlossen, Einspa-

zungspotentiale in der Größenordnung von 1 bis 2 Mio. Euro. Es ist schade, dass jetzt ein Nachtragsvoranschlag gefasst werden muss, denn der Nachtragsvoranschlag beinhaltet wichtige Sanierungsmaßnahmen gerade im Schulbereich. Das ist der Grund für die Zustimmung der ÖVP-Fraktion, denn ich denke, wenn wir jetzt nicht die Schulen sanieren, werden wir in ein paar Jahren das Doppelte bezahlen müssen. Mit diesem Budgetbeschluss, das muss uns klar sein, fallen die Einsparungspotentiale der angesprochenen Begleitmaßnahmen weg.

Zukunftsmaßnahmen sind wichtig, aber im Nachtragsvoranschlag scheinen ganz neue parteinahe Vereine auf, die in weiterer Folge jährlichen Förderungen erhalten. Das sollte man dann als Zukunftsinvestition, als Sanierungsmaßnahme ansehen? Ich weiß nicht!

Kollege Dr. Rabl führte an - im Februar beschlossen und präsentiert – 20.000 Euro pro Jahr im Tierpark einzusparen. Jetzt im Nachtragsvoranschlag beschließen wir rund 200.000 Euro für den Tierpark.

Die ÖVP-Fraktion wird dem zustimmen, aber zu den einzelnen Maßnahmen wird es noch einzelne Sachanträge geben, wo dann auch eine gegenteilige Meinung folgen kann.

GR. Wildfellner: Herr Kollege Mag. Teubl, sie beschreiben diese Budgetverhandlungen wie einen Basar. So etwas kann ich nur ablehnen, denn wir investieren hier in unsere Zukunft, in unsere Kinder. Zu den von ihnen, Herr Kollege Wiesinger angestellten Rechnungen über 5 Mio. Euro im ordentlichen Haushalt, muss ich sagen, dieser Betrag geht nur in den Schuldendienst ein und nicht in den Gesamtbetrag. Wann soll man denn sonst investieren, wenn nicht in Zeiten mit sehr niedrigen Zinsen. Und das ist jetzt!

Wenn ich die Debatten so verfolge, sollten wir eigentlich einen Beschluss fassen eine doppelte Buchhaltung in der Stadtbuchhaltung einzuführen, weil mit der Kameralistik wir anscheinend alle überfordert sind und keiner es richtig lesen kann. Sollten wir das tun, müssen wir aber gleichzeitig ein Budget für die Mitarbeiter des Magistrates freigeben. Diese Polemik finde ich einfach nicht in Ordnung.

Noch eine Anmerkung zu den Ausführungen von StR. Dr. Rabl: Die größten Begehrlichkeiten hat eigentlich die FPÖ in diesem Nachtragsvoranschlag.

StR. Dr. Rabl: Wenn ich so direkt angesprochen werde, muss ich schon noch einmal das Wort ergreifen. Erstens habe ich nicht die größten, sondern die zweitgrößten Begehrlichkeiten und zweitens haben die Begehrlichkeiten einen ganz einfachen Grund. Bei mir kamen - wie heute beschlossen - neue Bereiche dazu, nämlich von Stadtrat Kroiß und Vizebürgermeister Wieser. Außerdem wurden Teile, die sich aus dem Budget ergeben, erst jetzt eingefügt, die aber schon lange im Gemeinderat beschlossen worden sind, wie etwa Investitionen im Tierpark. Aus diesem Grund ergeben sich diese Zahlen – was der GR. Wildfellner allerdings bestens bekannt ist – trotzdem möchte ich diese Klar- bzw. Richtigstellung kurz erwähnen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Natürlich führten wir im Dezember eine Diskussion, die uns vor Augen führte, dass wir in einigen Bereichen – dazu erarbeiteten wir gemeinsam eine 24-Punkte-Liste – Sparpotenziale haben. Es ist jedem überlassen, wenn er kleine Beträge wie 20.000 Euro in einem riesigen Bereich als besonderen Wurf hinstellt und alle anderen als säumig bezeichnet. Nach unserem Terminplan ist noch niemand säumig,

es laufen alle Projekte und wie diese zeitgerecht vorgestellt werden, muss jeder selbst planen.

Bei der Betrachtung des vorliegenden Nachtragsvorschlages verstehe ich Diskussionen über das Geldausgeben überhaupt nicht. Natürlich geben wir Geld aus, z.B. für Schulen, um Kellerklassen in die Obergeschosse zu bringen. Wir geben dort Geld aus, wo wir die Infrastruktur in den Schulen verbessern. Hier im Gemeinderat diskutieren wir immer wieder, wie wir die Förderung von Schülern und die Förderung von Kindern in den Kinderbetreuungseinrichtungen unterstützen können. Wenn wir nicht bereit sind in diese Infrastruktur zu investieren, dann können wir in drei oder fünf Jahren sagen, wir haben es verabsäumt in ein paar Generationen zu investieren. Infrastruktur ist der Beitrag der Stadt. Den Beitrag auf pädagogischer Ebene muss der Landesschulrat oder das Ministerium einbringen. Im Kulturbereich, im Sportbereich werden Investitionen getätigt. Die Vereinsarbeit, die Freiwilligenarbeit ist ein Teil des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft und wenn wir nicht bereit sind dafür auch Geld auszugeben, werden wir die Probleme ernten.

Es ist leicht gesagt, um eine Replik in die vorherige Debatte einzubringen, du mit deinem Verein in der Noitzmühle, ihr kommt nicht weiter. Wenn ich immer nur dann vorbei komme, wenn sich die Leute treffen, beim Maibaumaufstellen, dann ist es klar, dass ich nicht weiß was in diesem Stadtteil passiert. Die Infrastruktur in den Schulen ist ein ganz wesentlicher Beitrag. Darum bin ich sehr froh diesen Nachtragsvoranschlag gemeinsam erarbeitet zu haben und ihn heute zu beschließen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Lieber Johny, ich glaube der Sanierungsbedarf in den Schulen war im Dezember bereits bekannt und fiel nicht erst in den letzten vier Monaten an. Zur Darstellung des Rechnungsabschlusses möchte ich noch eine Bemerkung hinzufügen, denn im Statut steht unter § 54 Abs. 4: „...für den Nachtragsvoranschlag gelten die für den Voranschlag geltenden Bestimmungen sinngemäß“. Da dort sowohl ein Schuldennachweis als auch ein Rücklagennachweis verlangt wird, sind wir von der GRÜNEN-Fraktion der Meinung, dass auch für den Nachtragsvoranschlag ein adaptierter Schuldennachweis und ein adaptierter Rücklagennachweis vorzulegen wäre.

Eine kleine weitere Kritik betrifft die Beteiligungen der Stadt Wels, denn wir können die tatsächliche finanzielle Situation der Stadt nur dann realistisch einschätzen, wenn wir auch eine Information über die Haftungen bekommen. Aber nicht nur über die Größenordnung der Haftung sondern eine ausführliche Information über das Ausmaß der Beteiligungen, über das Ausmaß der Haftungen, über den Geschäftserfolg der Gesellschaften, an denen die Stadt Wels beteiligt ist, usw. D.h. so etwas wie ein Beteiligungsbericht wäre recht schön.

Wir GRÜNEN, die in den Aufsichtsräten der Gesellschaften nicht vertreten sind, forderten bereits im Juni 2012 Informationen darüber ein, erhielten sie aber bis heute nicht. Hier liegt ein Informationsmangel vor, dem man abhelfen sollte.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank für die rege Diskussion. Ich bedanke mich auch beim Kollegen StR. Zaunmüller sehr herzlich, weil er erkannte, wie wichtig Bewegung und Sport gerade für unsere Jugend ist und wir hier gemeinsame Anstrengungen unternehmen müssen, um dem Bild auch entsprechend gerecht zu werden.

StR. Dr. Rabl bewegte sich in seiner Wortmeldung zum Tierpark im Bereich einer Gratwanderung zur Wahrheit. Er verschwieg natürlich, dass er im Tierpark einen Abgang von über 600.000 Euro jährlich produziert. Ein Abgang, zu dem wir uns alle bekennen, weil es eine gute und nützliche Einrichtung für die Welser Bevölkerung ist. Man sollte es nicht verheimlichen, dass es dem Steuerzahler wert sein muss, ob er will oder nicht. Es bekennen sich alle Fraktionen zum Welser Tierpark, daher sollte sich Herr Stadtrat Dr. Rabl als zuständiges Mitglied des Stadtsenates für den Tierpark zu den Verlusten bekennen. Er sollte sich aber auch dazu bekennen, dass wir im Gegenzug auf der Einnahmenseite Einrichtungen benötigen, um dieses von ihm produzierte Defizit abdecken zu können.

Das reicht von der Kommunalsteuer bis hin zu den angesprochenen Müllgebühren. Ich bin sehr froh über die Überschüsse der Müllgebühren, denn dadurch können wir wichtige Verlust einbringende Aufgaben auch weiterhin finanzieren. Wenn ich im gleichen Tagesordnungspunkt zusätzliche Ausgaben für den Welser Tierpark beschließe und dadurch rechnerisch der Verlust im laufenden und den Folgejahren deutlich ansteigen wird, dann sollte man das auch sagen. Man sollte nicht so tun, als ob bei einer einmaligen Einsparung von 20.000 Euro und einem Verlust von über 600.000 Euro das Auslangen gefunden werden kann oder gar den Eindruck erledigter Hausaufgaben vermitteln.

Mit Bedauern muss ich zur Kenntnis nehmen, dass der Kollege Mag. Teubl bestimmte Dinge im Haushaltsrecht verwechselt oder nicht nachvollziehbare Ziffern präsentiert. Mag. Teubl verwechselt Darlehensaufnahmen mit Erhöhung des Schuldenstandes. Bei einer Darlehensaufnahme, wie beispielsweise im nächsten Tagesordnungspunkt enthalten für das neu Alten- und Pflegeheim in der Linzer Straße, bedeutet das nicht, dass der Schuldenstand mit diesem Betrag erhöht wird. Es bedeutet lediglich, dass das Finanzreferat ermächtigt ist zum notwendigen und richtigen Zeitpunkt entsprechende Darlehen aufzunehmen und dabei nicht die benötigte Gesamtsumme, sondern nur jenen Betrag, der zur Finanzierung oder Teilfinanzierung des bestimmten Projektes nötig ist. Bitte in Zukunft nicht Darlehensbeschlüsse mit Schuldenstand zu verwechseln. Das ist eine der Grundregeln, die man hier im Gemeinderat beachten sollte.

Wir beschließen heute 18 Mio. Euro Darlehensaufnahme. Was den Nachtragsvoranschlag und die zusätzliche Darlehensbelastung betrifft, sind es exakt 3,5 Mio. Euro. Bei der vorangegangenen Diskussion wurden verschiedene Ziffern - Herrn GR. Markus Wiesinger sprach von 5 Mio. Euro und Herr GR. Mag. Teubl von 9 Mio. Euro – genannt. Mit dem Budgetbeschluss 2012 für 2013 beschlossen wir Investitionen von netto rund 13 -14 Mio. Euro und diese Investitionen werden jetzt um diese 3,5 Mio. Euro aufgestockt. So dramatisch wie die GRÜNEN-Fraktion dies darstellt war es nicht, es war kein besonderes Sparbudget. In einem Gemeinderat mit vier Fraktionen ohne klare Mehrheiten stellt es eine Verhandlungsfrage dar, welche Investitionen eine Mehrheit im Gemeinderat bekommt und welche keine Mehrheit bekommt. Dazu bekenne ich mich.

Bei einem Mehrheitsbeschluss sollten aber jene, die diesen Beschluss nicht mittragen, dem demokratischen Prinzip folgend solche Beschlüsse zumindest zur Kenntnis nehmen. Das wäre mein Wunsch für die Zukunft an sie und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 3. (Anlage 11) der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

4.)

Darlehensaufnahme für Investitionen des 1. Nachtragsvoranschlags 2013
und weitere Sachbeschlüsse
FD-Fin-901/1-2012

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 25.04.2013:

Die Aufnahme von Darlehen für im a.o. Haushalt des 1. Nachtragsvoranschlags 2013 mit Darlehen bedeckte Investitionsausgaben bis zur Höhe von € 3,594.700,- sowie für die Finanzierung der in Folgejahren zu bedeckenden Ausgaben gemäß den o.a. angeführten Sachbeschlüssen inkl. Zwischenfinanzierung Förderung bis zur Höhe von € 14,498.900,- und ein zusätzlicher Rahmen für den Budgetvollzug 2013 in Höhe von € 300.000,00, somit insgesamt € 18,393.600,00, wird genehmigt. Die tatsächliche Darlehensaufnahme erfolgt entsprechend des notwendigen Finanzbedarfes für die Ausgaben des a.o. Haushaltes in Abstimmung mit der Kassenliquidität. Zur Zwischenfinanzierung von Ausgaben des a.o. Haushaltes wird die Aufnahme von Barvorlagen genehmigt.

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 13 beigefügten Abänderungsantrag der GRÜNEN-Fraktion.

StR. Dr. Rabl: Hier ist der richtige Tagesordnungspunkt, wenn es um die Aufnahme der Schulden bzw. um die tatsächlichen Abgänge geht. Da wir als einer der ganz wenigen Zoos in Österreich keinen Eintritt in den Tierpark verlangen, verzeichnet dieser einen Abgang von ca. 600.000 Euro jährlich. Als die SPÖ-Fraktion Anfang der 90er-Jahre versuchte einen Eintritt zu verlangen, wehrten wir uns erfolgreich dagegen. Heute sind alle gegen einen Eintritt. Darüber sind wir sehr froh, weil wir den Tierpark für die Welser Bevölkerung gratis offen halten wollen. Die ÖVP-Fraktion unterstützte uns damals in dieser Frage.

Auch in anderen Bereichen werden massive Abgänge erwirtschaftet, wie z.B. im MedienKulturHaus, welches eine jährliche Subvention von 465.000 Euro erhält, bei einer Miete von 1 Euro pro m². Das könnte sich jemand im sozialen Wohnbau nur wünschen und da sieht man, was noch alles von der Stadt quersubventioniert wird. Ich kann hier noch andere Beispiele anführen, wie das Welios mit 800.000 Euro Subvention im Vorjahr oder das Museum mit 1 Mio. Euro. Zahlreiche Dinge gibt es, die viel Geld kosten und Verluste verursachen, auch die im Verantwortungsbereich von Vizebürgermeister Wimmer liegenden Freizeitanlagen, wie das Welldorado.

Ja, wir haben uns alle zu diesen Verlusten bekannt. Dass Herr Vizebürgermeister Wimmer den Tierpark jetzt herausgreift, verwundert mich. Diese einmalige Einsparung von 20.000 Euro gibt es natürlich jährlich, weil der reduzierte Bestand so bestehen bleibt. Es ist sehr leicht, wenn jemand eine Einsparung mit Zustimmung aller Parteien zustande bringt, diese dann schlecht zu machen, selbst aber noch keine einzige Einsparung umgesetzt hat.

Zu den Abgängen bekannten wir uns hier im Gemeinderat gemeinschaftlich und wenn wir uns nicht mehr gemeinschaftlich dazu bekennen, dann werden wir für den Tierpark Eintritt einheben oder sonstige Reformmaßnahmen durchführen. Dies in dieser Art und Weise zu vergleichen, halte ich für unredlich und deshalb wollte ich das noch einmal richtig stellen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Lieber Herman Wimmer, du machst das, was du immer machst, nämlich Kritikern vorzuwerfen sie kennen sich halt nicht aus, sie haben falschen Zahlen. Wenn es falsche Zahlen sind, dann sind es deine falschen Zahlen, denn wir haben im Rechnungsabschluss 2012 am Ende des Jahres einen Schuldenstand von 53,07 Mio. Euro. Im Nachtragsvoranschlag Zi. 55 neue Schulden bei einer Finanzsituationen von 20,17 Mio. Euro, Rückzahlung 3,27 Mio. Euro, also ein Schuldenstand Ende 2013 mit diesem Nachtragsvoranschlag eliminiert von 69,97 Mio. Euro. Ich rundete das auf 70 Millionen auf und denke nicht, dass das eine besonders falsche Darstellung ist.

Der vorliegende Darlehensbeschluss ist unseres Erachtens ziemlich abenteuerlich. Wir möchten sogar die Rechtskonformität in Frage stellen. In einem einzigen Antrag wird uns nicht nur die Darlehensaufnahme für die Bedeckung der Investitionsausgaben des Nachtragsvoranschlages in der Höhe von 3,6 Mio. Euro vorgelegt, sondern in einem Aufwaschen werden noch vier weitere Beschlüsse dazu gepackt. Konkret der Darlehensbeschluss für den Bau des Alten- und Pflegeheimes Hans-Sachs-Straße, der Beschluss über die Darlehensaufnahme für das Tenniszentrum Rosenau, der Beschluss über die Darlehensaufnahme für die Dachreparatur der Volksschule Vogelweide und der Beschluss für eine Darlehensaufnahme zur Renovierung der Stadtpfarrkirche. Zu guter Letzt genehmigt man sich auch noch weiter 300.000 Euro Körpergeld – Geld für den Budgetvollzug, wie es heißt.

Normalerweise steht in einem Budget, was man für den Budgetvollzug braucht und benötigt es nicht noch als Darlehen sozusagen in Reserve. Es handelt sich also um einen Persilschein für den Finanzreferenten, damit es keine Diskussionen über einzelne Projekte geben muss.

GR. Mag. Prof. Teubl stellt einen Abänderungsantrag, diese verschiedenen Beschlüsse, die in diesem Tagesordnungspunkt 4 zusammengefasst sind, zu splitten und einzeln zur Abstimmung zu bringen.

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 13 beigefügten Abänderungsantrag und ersucht den Referenten diesen Abänderungsantrag in sein Schlusswort miteinzubeziehen.

Vzbgm. Wimmer: Ich weiß jetzt wirklich nicht, was dieser Abänderungsantrag bewirken soll. Es ist durchaus so üblich, wir machen das jedes Jahr mit den Budgetbeschlüssen und den Darlehensbeschlüssen, dass wir beschlossene Maßnahmen zusammenfassen.

Wurden die Sachbeschlüsse bereits gefasst, wie in diesem Fall, so schlage ich vor, den Antrag in der ursprünglichen Fassung zu beschließen und diesen Abänderungsantrag abzulehnen.

Herr Kollege Teubl, ich weise das „Körpergeld“, welches sich der Finanzreferent macht, auf das Schärfste zurück und werde mir da weitere Maßnahmen überlegen.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde sehr intensiv in den Fraktionen diskutiert und war Gegenstand im Finanzausschuss. Es handelt sich hier um einen Beschlussantrag in der Höhe von 300.000 Euro für unvorhergesehene Maßnahmen. Um die strengen Bestimmungen zur Aufnahme von Darlehen und bei dringenden Maßnahmen etwas entlasten zu können, kam dieser Vorschlag des Herrn Finanzdirektors. Der Herr Finanzdirektor ist gerne bereit dies heute entsprechend zu erklären. Außer den GRÜNEN verstanden die anderen Fraktionen die Ausführungen, daher bleibe ich dabei, diesen zusätzlichen Rahmen für unvorhergesehene Maßnahmen heute zu beschließen.

Zur generellen Finanzlage, die von den GRÜNEN und manchmal auch von anderen Fraktionen so „schwarz gemalt“ wird, darf ich ihnen versichern, mindestens 304 oberösterreichische Abgangsgemeinden beneiden uns. Sie beneiden uns um unser Budget und unseren Haushalt, denn wir sind keine Abgangsgemeinde und natürlich sind Rücklagen da, um im Bedarfsfall eingesetzt zu werden. Die Rücklagen werden allerdings nicht vom Finanzreferenten sondern vom Gemeinderat mit seinen Beschlussfassungen eingesetzt. Natürlich wäre es wünschenswert die Rücklagen nicht zu reduzieren, sondern vielleicht sogar noch auszubauen. Aber das geht letztlich zu Lasten wichtiger Projekte und wir sprachen heute schon von Bildung, Schule, Jugend, Kultur und Sozialem.

Wegen zurückgegangener Rücklagen das Schwarze an die Wand zu malen, so zu tun, wie wenn die Stadt Wels unmittelbar vor dem Konkurs steht, wo uns wirklich viele Städte um die Finanzsituation beneiden, ist wirklich nicht redlich. Ich darf die Aufmerksamkeit des Gemeinderates und die des Herrn Mag. Teubl im Besonderen auf den Punkt 3 dieses Amtsberichtes lenken, wo es heißt: Aufsichtsbehördliche Genehmigung. Hier ist ganz klar festgehalten, dass wir trotz der erst vor einem Jahr vom Landtag beschlossenen sehr strengen Schuldenbrems- und Kontrollbestimmungen in den Stadtstatuten noch meilenweit davon entfernt sind – aufgrund der geringen Verschuldung und des guten Finanzstatus - überhaupt eine Genehmigung des Landes Oberösterreich einholen zu müssen. 90 % der oberösterreichischen Gemeinden müssen aufgrund ihrer Finanzlage vor Darlehensbeschluss die Genehmigung des Landes Oberösterreich erwirken.

Wir müssen das nicht! Die dargelegten Gründe werfen ein ganz anderes Licht auf die Finanzsituation und die Schuldenlage der Stadt Wels, als das von der GRÜNEN-Fraktion dargelegt wurde. Ich ersuche daher um Beschlussfassung und um Ablehnung des von der GRÜNEN-Fraktion eingebrachten Abänderungsantrages.

Die Abstimmungen zu Punkt 4. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 13) der GRÜNE-Fraktion wird mit

gegen 3 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
28 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Der Hauptantrag (Anlage 12) wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Lehner, GR. Buttinger und GR. Schatzmann waren bei den o.a Abstimmungen nicht im Sitzungssaal anwesend.

5.)

Einrichtung eines Serviceportales inklusive App bei der Stadt Wels
für Welserinnen und Welser
DI-IT-108-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 25.04.2013:

Die Stadt Wels soll ein Serviceportal inkl. App ähnlich dem Portal „Schau auf Linz“ für Welserinnen und Welser einrichten, um die Servicequalität des Magistrates für unsere Stadt zu erhöhen. Die Umsetzung soll über die Website der Stadt Wels unter Beiziehung des Bürgerservices und der Öffentlichkeitsarbeit erfolgen.

GR. Ganzert: Ich möchte auf diesen Tagesordnungspunkt und den dazugehörigen Amtsbericht noch etwas näher eingehen. Gleichzeitig darf ich die Arbeit der Mitarbeiter im Magistrat lobend hervorheben, vor allem im Bereich des Bürgerservices. Diese Damen und Herren leisten eine wirklich großartige Arbeit und mit diesen zusätzlichen Instrumenten zu einem App für Android- und iOS-Smartphones wird ein weiterer Schritt gesetzt, um den Komfort zu erhöhen und um einen weiteren Kommunikationsweg zu eröffnen.

Wir werden dem selbstverständlich zustimmen und ich glaube die Stadt Wels steht, vor allem was das Bürgerservice angeht, den Städten Linz und Salzburg in nichts nach.

Vbqm. Lehner: Ich möchte mich diesem Dank beim Bürgerservice anschließen und bin ebenfalls für eine rasche Umsetzung. Für uns als ÖVP war es eine wichtige Initiative, die wir mit einem Antrag eingebracht haben.

Der Bürgerservice kann gar nicht groß genug geschrieben werden. Er braucht verschiedene Kommunikationswege und Ebenen. Mit einem Service-App ist das nun sicher eine zusätzliche Ebene die sich in den nächsten Jahren sicher gut entwickeln wird.

GR. Mag. Humer: Natürlich sind wir eine serviceorientierte Verwaltung und begrüßen dies auch. Wir sollten jedoch nicht unterschätzen, dass natürlich auch viele zusätzliche Anliegen auf uns zukommen werden. Die muss dann auch jemand abarbeiten.

In Linz sind etwa 1000 solcher Anliegen eingegangen, wo Bürger und Bürgerinnen natürlich innerhalb einer vernünftigen Zeit auch eine Bearbeitung erwarten. Die dahinterstehenden Kosten dürfen nicht unterschätzt werden. Wir sind heute schon ein serviceorientierter Betrieb mit sehr guten Kritiken. Blicken wir uns das Ganze einmal an. Vielleicht öffnen wir hier eine Tür, die im Nachhinein betrachtet doch nicht so gut war. Durch die Installation dieses Apps ergeben sich schon zusätzliche Bearbeitungsschritte, ein gewisser Aufwand, der natürlich auch entsprechende Kosten verursacht.

Vzbgm. Wimmer: Danke für die vielen positiven Wortmeldungen. Ich möchte die vom Kollegen Mag. Humer angesprochenen Mehrkosten unterstreichen. In der Stadt Linz - Linz ist dreimal so groß wie Wels – wurde dieses App in den ersten Monaten sehr gut angenommen. Das führte zu einer zusätzlichen Belastung nicht nur des Bürgerservice sondern auch der nachfolgend bearbeitenden Abteilungen und Dienststellen, die sich um die Behebung der entstandenen Schäden bemühen. Wenn wir so eine Serviceeinrichtung schaffen, dann sind nicht nur Investitionen im IT-Bereich notwendig, sondern es kann auch zusätzlichen Aufwendungen im Sach- und Personalbereich verursachen.

Der Antrag (Anlage 14) zu Tagesordnungspunkt 5. wird

einstimmig angenommen.

6.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Erhöhung der Wassertemperatur im Welldorado;
Beschlussfassung durch den Gemeinderat
SF-FzB-202-2013

Der ggst. Initiativantrag wurde nach Vorberatung im Sportausschuss am 29.04.2013 wie folgt ergänzt:

Die Abteilung SF, Dst. Freizeitbetriebe und Hallen, wird beauftragt, die Prüfung der Einrichtung einer Solarthermeanlage auf dem Dach der Kunsteisbahn hinsichtlich Machbarkeit, Effizienz und Kosten prüfen zu lassen.

Vzbgm. Wimmer: Tagesordnungspunkt 6. betrifft den dem zuständigen Ausschuss zugewiesenen Initiativantrag, der nicht nur einmal sondern sehr oft im Sportausschuss diskutiert wurde. Im Sportausschuss deshalb, weil dieser für die Freizeitbetriebe und demnach für das Welldorado verantwortlich und zuständig ist. Rechtzeitig vor Saisonbeginn hat sich der Sportausschuss einstimmig dafür ausgesprochen die technischen Möglichkeiten des Fernwärmeheizens im Sportbecken zu nützen, gleichzeitig aber die Frage einer künftigen Speisung dieser Zusatzheizung über Solarthermie sehr eingehend und intensiv und mit großem Nachdruck und Ernst zu prüfen.

Der Beschlussantrag lautet daher: Die Abteilung SF, Dst. Freizeitbetriebe und Hallen, wird beauftragt, die Prüfung der Errichtung einer Solarthermie auf dem Dach der Kunsteisbahn hinsichtlich Machbarkeit, Effizienz und Kosten prüfen zu lassen. D.h. wir möchten die im Welldorado befindliche Solaranlage, die sich nicht nur am Dach der Kunsteisbahn sondern auch am Hauptgebäude befindet, einer Effizienzüberprüfung unterzie-

hen und allenfalls eine Erweiterung dieser Anlage prüfen und vorsehen. Wenn es zu einem positiven Ergebnis kommt, werden wir ihnen dies vorlegen.

Seit der Eröffnung des Freibades wurde die Badewassertemperatur erhöht. Am 4. Mai wurde das Bad eröffnet und die Temperatur des Erlebnisbeckens betrug 23,7 Grad Celsius. Heute Vormittag war ich auf Kontrolle - ich gehe jeden zweiten Tag kontrollieren, weil mir der Schirmherr der Schwimmer, Herr Dr. Csar, wirklich auf die Fingern schaut - daher nehme ich dies sehr ernst und schaue mir das an.

Die Wassertemperatur betrug heute 23,8 Grad Celsius um 10.00 Uhr vormittags, allerdings gab es keine Besucherinnen und Besucher des Welldorado. Auch der von ihnen so promotete Schwimmer war nicht anwesend. Aber sei es wie es sei. Es ist eine sinnvolle Maßnahme, sonst hätten sie den Antrag nicht eingebracht, der Sportausschuss hätte ihn nicht einstimmig beschlossen und ich hätte ihn nicht heute als Antrag an den Gemeinderat weitergeleitet.

Ich darf sie aber auch nicht im Unklaren lassen welche Mehrkosten diese Maßnahme verursacht. Wir sind in der Lage technisch und elektronisch gesehen die Kosten tagesaktuell zu prüfen. Mit heutigem Tag hatten wir nur für das Sportbecken einen Mehrverbrauch von 59,37 Megawattstunden mit einem Gesamtkostenvolumen vom 4. bis 12. Mai von 3.508 Euro. Eine Investition für die Schwimmerinnen und Schwimmer und ich hoffe, dass sie noch zahlreicher kommen werden als das bisher der Fall war. Eine Ausnahme war der Feiertag, 9. Mai; es war wirklich ein sonniger schöner Tag, an dem 421 zahlende Besucher das Freibad frequentierten. Sonst bewegen sich die Besucherzahlen zwischen 3 und 27 Personen an den anderen Tagen, d.h. hier haben wir noch Möglichkeiten mehr Schwimmer unterzubringen als uns zur Zeit frequentieren. Ich ersuche sie um Beschlussfassung dieses Antrages.

GR. Mag. Humer: Ich will hier nicht als Mahner der Kosten in diesem Gemeinderat auftreten. Der Sportreferent sagte es bereits: Natürlich stehen wir für eine Qualitätsverbesserung in unserem Welldorado. Das Familienbecken wurde ja bisher schon beheizt. Heute haben wir 23,7 Grad Celsius im Becken, das ist wunderbar. Die Außentemperatur betrug, als ich in der Früh ins Büro fuhr 7 Grad, zu Mittag waren es launige 12 Grad, es hat genieselt.

Das Wetter können wir nicht beeinflussen. Hoffen wir, dass wir heuer einen schönen Sommer haben. Der Betrieb des Welldorado kostet natürlich Geld. Im Ausschuss wurde bereits darüber diskutiert, gerade durch die Abstrahlung geht viel Wärme verloren. Ich bin kein großer Physiker, aber eine große Fläche strahlt eben gerade wenn es kalt ist relativ viel Wärme ab. Jedoch sollte uns dies Wert sein. Der Fernwärmeanschluss und die Fernwärmenutzung ist der erste Schritt. Letztlich soll es Richtung Solarthermie gehen, weil wir dadurch auch die Kosten etwas reduzieren können. Eine Komfortverbesserung kostet immer wieder Geld. Wir beschließen den Antrag, wir stehen dazu, aber die Kosten sollten wir auch nicht außer Acht lassen.

Das Wetter werden wir leider oder Gott sei Dank nicht beeinflussen können. Wenn wir wieder lt. Meteorologen einen eher regnerischen und kühlen Sommer bekommen, werden wir mehr als 20 Tage dieses Becken aufheizen müssen. Wenn ein Tag nicht aufgeheizt wird, brauche ich lt. den Fachleuten wieder mehr Energie um von der Grundlast herauf zu fahren. Auch das ist zu berücksichtigen.

GR. Baumgartner: Die Diskussion über die Aufwärmung des Badewassers wird ja bereits zwei Jahre lang geführt. Es hätte meiner Meinung im vergangenen Jahr bereits Zeit genug gegeben um die Berechnungen durchzuführen, ob die Solaranlage günstiger kommt oder nicht. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Der heutige Beschluss ist ein Provisorium für diese Badesaison und ich hoffe, dass wir spätestens in der Novembersitzung doch exakte Zahlen am Tisch haben. Was kostet die Alternative wenn man die Sonnenenergie nutzt, und zwar nicht nur gerechnet auf ein Jahr sondern hochgerechnet auf die Nutzungsdauer von 15 – 20 Jahren, um tatsächlich die günstigste Methode zu finden.

In erster Linie ist es eine Komfortverbesserung des Freibades in Wels, so wie andere Maßnahmen ebenfalls als Verbesserungen gesehen werden müssen. Mein Appell geht dahin die Berechnungen zügig bis Ende der Saison oder Ende des Jahres durchzuführen, um dann zeitgerecht für nächstes Jahr und die Folgejahre Maßnahmen treffen zu können.

GR. DI. Leitinger: Wir hatten letztes Jahr bereits diese Diskussion betreffend mögliche Beheizung des Schwimmbeckens. Auch letztes Jahr stimmten wir diesem Antrag zu und werden dies auch dieses Jahr tun. Wir sehen es einerseits als Komfortverbesserung aber andererseits auch als echten Service der Stadt Wels für Welserrinnen und Welsler.

Wer an einem Tag, an dem es nicht 10 Grad Mittagstemperatur hat sondern etwas wärmer ist, ins Schwimmbad geht weiß, wie bevölkert die anderen Becken oft sein können. Wenn man etwas sportlicher schwimmen möchte, ist natürlich das Sportbecken mit einer halbwegs angenehmen Temperatur eine Alternative. Schwimmen ist gesund. Wenn wir schon eine derart sportbetonte Stadt sind und so viel Wert auf unsere Sportstätten legen, sollten wir auch den Schwimmsport entsprechend unterstützen. Die vorhin erwähnte, am Ende des Jahres vorzulegende Kostenberechnung kann ich nur unterstützen. Wir werden sehen ob die Sonnenenergie eine Alternative ist. Wir GRÜNEN glauben ja. Nächstes Jahr können wir dann eine Entscheidung treffen, die auf konkreten Zahlen basiert.

GR. LAbg. Dr. Csar: Heute ist ein bedeutender Tag. Gestern war Muttertag, heute ist der Tag des Hermann Wimmer! Ich gratuliere ihnen dazu, dass sie heute voraussichtlich alle ihre Anträge positiv durchbringen werden.

Persönlich freue ich mich darüber, dass dieser im Vorjahr eingebrachte Antrag auf Erwärmung des Sportbeckens positiv bewertet und auch zeitgerecht, vor Eröffnung der Badesaison, umgesetzt worden ist. Dankeschön dem gesamten Sportausschuss, insbesondere meinen Kollegen Andreas Weidinger und Brigitte Wartinger, die im Sportausschuss massiv dafür eingetreten sind und nicht müde wurden den Vorsitzenden des Sportausschusses davon zu überzeugen, dass diese Maßnahme notwendig ist. Sie haben es auch geschafft, dass Vzbgm. Wimmer eine Freude an der Erwärmung des Sportbeckens hat. Man muss nur auf Facebook schauen - 23,8 Grad Celsius Wassertemperatur heute Morgen – ich gratuliere dazu.

Hoffentlich ist dies der Beginn von weiteren positiven Maßnahmen in Wels. Die Welserrinnen und Welsler haben es sich verdient und sind das dafür ausgegebene Geld wert. Die Kosten sind überschaubar, jede Maßnahme kostet etwas, aber ich glaube, es ist ein sehr gut investiertes Geld. Die bisher gekommene Resonanz der Welserrinnen und Wels-

ser ist sehr positiv. Machen wir weiter so, dann kann sich auch Wels in Zukunft sehr gut weiter entwickeln.

Vzbgm. Wimmer: Natürlich muss ich mich für diese Worte bei Herrn Dr. Csar bedanken und darf den Dank auch an sie zurückgeben. Sie haben dieses Projekt mit großer Vehemenz und Zeitaufwand betrieben. Es ist tatsächlich so, dass das Schwimmerlebnis - ich weiß das von einer früheren Gemeinderatskollegin, die fast täglich das Freibad besucht - bei 23 Grad Celsius anders ist als bei 18 Grad Celsius. Man darf sich allerdings auch von der Solarthermie nicht hundert Prozent versprechen. Ich schlug eine Prüfung der technischen Anlagen vor, um die Technik auf den neuesten Stand zu bringen. Unser jetziger Stand der Technik kann diese Leistung nicht erbringen. Wir beheizen das Erlebnisbecken mit Solarenergie und die höchste Temperatur, die wir heuer damit erzielten, waren 21 Grad Celsius. Das Problem bei der Solarthermie der alten Technik ist, dass im Vorfeld entsprechende Sonnenstunden sein müssen, damit die notwendige Vorlauftemperatur erreicht wird. Die neue Technik der Solarthermie, die am Messdach installiert wurde, ist nach meinen Informationen wesentlich leistungsfähiger. Wenn das so ist, werden wir vorschlagen, diese Investition zu tätigen. Vorausgesetzt natürlich, dass wir uns das leisten können – das kann ich heute noch nicht sagen. Ich kann auch noch nicht sagen, ob bis Jahresende alles fertig ist, denn jeder Antrag der hier beschlossen wird, bedarf einer entsprechenden Manpower oder Frauenpower. Dass jemand auch die Arbeit machen muss, wird des Öfteren vernachlässigt oder weggesteckt. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen am Magistrat Wels arbeiten bereits an der Leistungsgrenze. Darauf sollten wir Rücksicht nehmen, dass nicht alles von heute auf morgen erledigt werden kann.

Ich kann nur zusagen, dass ich mich bemühe rechtzeitig vor der nächsten Saison die Grundsatzentscheidung vorzulegen und wenn es sich zeitlich nicht ausgeht, haben wir immer noch die Möglichkeit weiter mit der Fernwärme die entsprechende Temperatur zu produzieren. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Antrag (Anlage 15) zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

7.)

Geschäftsstelle für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Wels
nach dem Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009;
Maßnahmen- und Finanzplan für das Arbeitsjahr 2013;
Genehmigung
SB-Awi-527-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 25.04.2013:

Der vom Bezirksabfallverband Wels-Land, 4609 Thalheim, Ägydiplatz 4, vorgelegte Maßnahmen- und Finanzplan 2013 (Anlage 16) wird in einem Rahmen von € 58.908,00 mit den monatlichen Akontozahlungen von € 4.909,00 – alle Beträge zuzüglich Umsatzsteuer, da vorsteuerabzugsberechtigt – genehmigt.

GR. Kirchmayr: Gratulieren möchte ich der Stadt Wels, dass 2013 ein neues Altstoffsammelzentrum mit ReVital-Shop errichtet wird, welches die Welser Bevölkerung zum Müll sammeln, zur Mülltrennung (Metall, Kunststoff, Papier etc.) mehr motiviert und damit auch die Müllverbrennung entlastet wird. Dadurch könnten die Müllentsorgungskosten billiger werden.

Mir und ich denke auch der Stadt Wels ist wichtig, dass es in diesem Bereich keine Privatisierung gibt. Deutschland hat es bewiesen, in Berlin, Bochum oder Hamburg gab es eine Rekommunalisierung. Deshalb sollten wir auch gleich mitbeschließen, dass in Wels die Müllentsorgung in der kommunalen Verwaltung bleibt.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 7. wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

8.)

Sonderförderung Sakrale Einrichtungen;
Objekt: Renovierung und Neugestaltung
des Altarraumes in der Stadtpfarrkirche;
Förderungswerber: Stadtpfarre Wels
BauD-SP-77-2012

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 11.02.2013:

Der Stadtpfarre Wels, Stadtplatz 31, Wels, wird für die Renovierung und Neugestaltung des Altarraumes der Stadtpfarrkirche ein Förderungsbetrag in der Höhe von € 55.000,-- gewährt. Die Auszahlung erfolgt in drei Jahresraten und zwar im Jahr 2013 € 15.000,--, im Jahr 2014 € 15.000,-- und 2015 € 20.000,--, jeweils der haushaltsrechtlichen Festlegungen zum betreffenden Voranschlag.

GR Ganzert: Wenn man mich heute fragt, was ist das Landmark am Welser Stadtplatz, dann sage ich zweifelsohne der Welser Ledererturm. Bei einer 180 Grad-Wendung gegen Osten sehe ich die Stadtpfarrkirche.

Ich bin nicht das einzige Mitglied der Stadtpfarrgemeinde; viele aus diesem Gremium nahmen an zahlreichen Veranstaltungen im Veranstaltungszentrum der Stadtpfarrkirche teil.

Wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, zahlt die Pfarre selbst aus ihren Eigenmitteln den größten Anteil. Vorgesehen ist eine behindertengerechte Adaptierung, wie z. B. eine höhere Lage für Hörbehinderte oder eine automatisch schließende Tür.

Durch diese baulichen Maßnahmen macht die Stadtpfarrkirche einen wesentlichen Schritt Richtung zweites Vatikanum. Damit wird der Stadtpfarrkirche und ihren Mitgliedern sehr geholfen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Die Stadtpfarre wurde unter Hinweis auf das zweite vatikanische Konzil umgebaut. Es war schon höchst an der Zeit die entsprechenden Maßnahmen zu setzen. Die Renovierung und Neugestaltung des Altarraumes wurden wunderschön. Ich kann nur alle einladen sich die Neugestaltung der Stadtpfarrkirche anzusehen. Danke an die Stadt Wels für die massive Unterstützung.

Vzbgm. Lehner: Ich danke für die signalisierte Zustimmung.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 8. wird

einstimmig angenommen.

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 171) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 133)
BZ-BauR-5015-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 22.04.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 18 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (171. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (133. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 172) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 134)
BZ-BauR-5021-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 22.04.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 19 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (172. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (134. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
betreffend Bebauungsplan Nr. 105/1.21 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6024-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 22.04.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 20 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 105/1.21 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Bgm. Dr. Koits: Bevor wir in die Diskussion einsteigen, darf ich Ihnen mitteilen, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt einen Abänderungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gibt, und zwar sollen wir die Stadtplanung mit der Erstellung eines Bebauungsplanes beauftragen, der das ganze Gebiet Bahnhofstraße – Stelzhammerstraße - Roseggerstraße und Maximilianstraße umfasst. Dabei ist insbesondere auf einen städtebaulich attraktiven Abschluss des Kaiser-Josef-Platzes und auf die faire Berücksichtigung der Interessen aller Grundstückseigentümer bedacht zu nehmen. Bitte das in die Beratungen miteinzubeziehen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Können Sie sich noch erinnern, man kommt an einem heißen Sommertag vom Kaiser-Josef-Platz und ist nach wenigen Schritten in einem zauberhaften Ambiente. Zwischen üppigem Grün und knirschenden Kieswegen stehen kleine Tischchen, an denen man Platz nehmen und bei einem Kaffee oder einem Eisbecher zur Ruhe kommen kann. Man sitzt im Schatten, blickt auf eine bewachsene Hausmauer oder in die Gartenanlage in der man sich befindet, spürt die kühlende Frische, die von den Pflanzen ausgeht und ist einfach glücklich.

Die Rede ist vom Urban-Gastgarten in der Bahnhofstraße. Seit der Schließung des Cafés nicht mehr zugänglich, ist er inzwischen von Baggern zerstört und zu einer Schotterwüste gemacht worden.

Auf den ehemaligen Urbangründen plant die Bauunternehmung Gerstl die Errichtung eines Ertragsobjektes. Fast die gesamte Fläche, auf der einstmal eine Idylle mitten in der Stadt zu finden war, wird mit einem seelenlosen Klotz bebaut.

Direkt im Anschluss, neben dem ohnehin schon klobigen Cordatusaal, soll eben ein solches Gebäude entstehen. Ein fünfgeschossiges Objekt mit Tiefgarage und als wäre das noch nicht genug, soll über beide Objekte noch ein Penthaus gebaut, also ein sechstes Geschoss aufgesetzt werden. Auch im hinteren Teil des Grundstückes, Richtung Roseggerstraße, will die Firma Gerstl fünf- bis sechsgeschossige Bauten errichten.

Dieses Bauvorhaben war nun der Anlass für den vorliegenden Bebauungsplan, der wie so oft in unserer Stadt ganz den Wünschen des Bauwerbers entsprechend gestaltet wurde. Da sind auch die von zahlreichen Nachbarn eingebrachten Einwendungen sehr schnell abgeschmettert. Hier wird ein Grundsatz, wie der, dass ein Bebauungsplan mindestens ein von allen Seiten mit Straßen begrenztes Gebiet umfassen soll, einfach über Bord geworfen, wenn ein Teil der Betroffenen sich nicht fügen will. Wie sie aus dem Plan ersehen können, hat der Bebauungsplan nach Süden hin eine völlig willkürliche Grenze.

Das Semperit-Hochhaus, der Bereich des ehemaligen Soundtheatres und der ganze Bereich der Stelzhammerstraße ist ausgeblendet. Das Problem des Semperit-Hochhauses, das nicht einmal auf eigenem Grund über eine Zufahrt verfügt, wird somit ebenso wenig berücksichtigt, wie die Wünsche der Grundeigentümer auf der Südseite dieses Planungsgebietes, die bis zur Stelzhammerstraße hin ihre Liegenschaften haben.

Meine Damen und Herren, immer wieder erleben wir hier in Wels den Kniefall der Stadtplanung vor den Investoren. Eine Stadtplanung soll mit Hilfe von Bebauungsplänen visionär gestalten und Vorgaben für eine harmonischere und menschengerechtere Bebauung machen, so sollte es sein. Stattdessen wird hier einfach den Wünschen der Planungswerber nachgegeben. In diesem Fall ist der Bebauungsplan unserer Meinung nach von einer Visionslosigkeit, die nicht zu überbieten ist. Die Chance einer attraktiveren Gestaltung des Ostabschlusses des Kaiser-Josef-Platzes wird ebenso wenig genutzt, wie die Möglichkeit einer fußläufigen Verbindung Richtung Hauptbahnhof.

Aber so ist es eben in Wels - wenn die Investoren rufen wird gespurt. Das öffentliche Interesse und die Interessen der Nachbarn werden dem Profit von großen Investoren untergeordnet. Wir GRÜNEN glauben, dass dieses Projekt so nicht gebaut werden soll. Abgesehen davon, dass die Firma Gerstl nicht immer Objekte errichtet hat, die von großer Qualität zeugen, möchten wir auch, dass dieser Plan insgesamt noch einmal überdacht wird.

Wir werden daher einen Abänderungsantrag einbringen, der nochmaliges Überdenken dieser Planung ermöglichen soll. Denn bei so einem Bebauungsplan, wie er heute hier vorgelegt wird, kann es nur heißen: Zurück an den Start und besser machen.

Vbgm. Lehner: Primär möchte ich den Mitarbeitern der Stadtplanung für diesen Bebauungsplan danken, denn was heute hier von Walter Teubl kritisiert wird, ist ein Blick in den Rückspiegel. Wie war es damals als wir noch im Urbangarten gesessen sind? Derzeit kennen wir ein Gebäude, das nun schon seit sehr langer Zeit leer steht und wir wissen, dass es hier einer dringenden Bebauung bedarf, auch im Interesse der bereits erwähnten Verdichtung der Innenstadt.

Mit diesem Bebauungsplan hat die Stadtplanung versucht das zu erreichen. Es gab einen Wunsch eines Bauträgers hier ein Gebäude zu errichten. Dieses Gebäude musste sich der strengen Jury des Gestaltungsbeirates stellen. Es gab massive Abstriche was die Baudichte betrifft und auch Auflagen betreffend Optik dieses Gebäudes.

Weiters wurde im gesamten Gebiet mit den Grundstückseigentümern ein Gespräch geführt, um zu erörtern welche Zukunftspläne es für diesen Teil unserer Stadt gibt. Das heißt, es wurde mit allen Grundstückseigentümern gesprochen um eine Ideallösung zu

finden. Die erwähnten Grundstückeigentümer im Süden dieser Bebauungplangrenze waren einbezogen. Ein konkretes Projekt wurde nicht vorgelegt. In Wirklichkeit ging es darum eigene Dichten zu erhöhen und Möglichkeiten zu finden den Grundstückswert zu erhöhen. Dabei sahen wir keine stadtplanerische Möglichkeit für die Zukunft speziell für den Abschluss des Kaiser-Josef-Platzes eine Lösung zu finden. Nach vielen Gesprächen konnte man keinen gemeinsamen Nenner für eine andere Gestaltung dieses Bereiches finden

Die Abstimmungen zu Punkt 11. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 21) wird mit

gegen 3 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
27 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
abgelehnt.

Der Hauptantrag (Anlage 20) wird mit

gegen 27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

Herr GR. Mag. Humer, Vzbgm. Dr. Wieser, GR. Manfred Wiesinger und GR. Weidinger sind bei der Abstimmung zu o.a. Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
betreffend Bebauungsplan Nr. 218/1.7 (Stadtteil: Lichtenegg)
BZ-BauR-6026-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 22.04.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 22 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 218/1.7 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

GR. Wildfellner: Dieser Verordnung stimme ich mit Freude zu, zumal nun das Zentrum Noitzmühle Wirklichkeit werden kann. Bitte erlauben Sie mir heute meiner Kollegin Brigitte Lindlbauer stellvertretend für alle, die im Aktivteam Noitzmühle Initiativen gesetzt haben, offiziell für ihren unermüdlichen Einsatz zu danken.

Einen kleinen Wermutstropfen sehe ich jedoch noch in der Bushaltestelle. Deshalb er-
suche ich sie, falls notwendig, an die Firma Sab Druck auszuüben.

Vbgm. Lehner: Danke einerseits für das Lob, was dieses Projekt betrifft, andererseits für das Thema Bushaltestelle. Dieser Bebauungsplan betrifft einen Bereich, der unter Abbruch zu stellen ist. Es gibt jedoch einen Vertrag mit einem Mitmieter und Verträge sind in Österreich einzuhalten. Die dort ansässige Bevölkerung spricht sich für den Erhalt dieses Lokals aus. Es bedarf noch intensiver Gespräche, um einen Fortbestand des Gastronomiebetriebes zu ermöglichen. Für die Zukunft ist es notwendig hier eine gute Variante zu finden, um diesem gastronomischen Nahversorger das Bestehen zu ermöglichen.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 12. wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und unterbricht von 18.10 bis 18.15 Uhr die Sitzung zur Abhaltung der Bürgerfragestunde.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

13.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarife für die Ferienaktion 2013 festgelegt werden;
(Tarifordnung – Ferienaktion 2013)
SF-J-123-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 23.04.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 23 beiliegende Tarifordnung für die Ferienaktion 2013 beschließen.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Wir von der Sozialdemokratischen Fraktion möchten uns für das tolle Ferienprogramm bei allen MitarbeiterInnen der zuständigen Abteilung des Magistrates der Stadt Wels und natürlich auch bei unserer Jugendreferentin StR. Silvia Huber sehr herzlich bedanken, die wirklich immer wieder tolle Angebote finden, damit den Schülerinnen und Schülern in den Ferien nicht langweilig wird, sondern sich sinnvoll beschäftigen. Wenn man sich aus diesem Programm zwei Punkte zum Thema Tierpflege herausnimmt, so sind diese sehr gut geeignet, den teilnehmenden Kindern und Jugendlichen ein bisschen Verantwortung näher zu bringen. Herausheben möchte ich auch noch das Fußballtraining, Schnuppertraining für Mädchen. Es ist toll, dass Fußball auch für Mädchen angeboten wird und diese in den männerdominierenden Sport hineinschnuppern können.

GR. Josseck-Herdt: Wie die Referenten bereits erwähnte, finden diese Ferienaktivitäten heuer zum 29. Mal statt. Das ist eine wirkliche Erfolgsgeschichte für diese Einrichtung, die eigentlich nicht mehr wegzudenken ist, gilt es doch den Kindern die Ferien sinnvoll zu gestalten, auch wenn ihre Eltern in der Arbeit sind und sich nicht um sie kümmern

können. Die Tarife für die Angebote sind sehr moderat, es soll sich auch jeder dieses Angebot leisten können. Nur in sehr wenigen Fällen wurde der Tarif ein bisschen angehoben. Ich finde es sehr wichtig, dass wir dafür auch Geld verlangen, denn wenn etwas nichts kostet ist es meistens auch nichts wert. Die eingehobenen Veranstaltungsentgelte können wenigstens die Sachaufwendungen, die Eintritte, die Busfahrten usw. decken. Denn die tatsächlichen Kosten stellen sich im Amtsbericht nicht wirklich dar, weil die Personalkosten wie immer nicht eingerechnet sind. Ein erster Schritt wäre meiner Meinung nach, dass man wenigstens die Spesen bzw. Aufwendungen für die Betreuer, die eigens für diese Aktivitäten angestellt werden, darstellt.

Zum Programm noch einige Überlegungen meinerseits: Nach Durchsicht des Programms ist mir aufgefallen, dass der Sport eigentlich total im Vordergrund steht. Dies ist im Grunde nach nicht schlimm, weil wir heute bereits sehr oft hörten wie wichtig Sport und Bewegung für die Kinder ist. Die Kollegin Mag. Sabine Brenner-Nerat führte es bereits aus, selbst für die Mädchen wird Schnuppertraining für Fußball angeboten usw.

Was mich auch persönlich sehr freut ist, dass die Kinder im Tierpark mit Tieren in Kontakt treten können. Denn ich finde Respekt vor den Tieren ist sehr wichtig.

Meiner Meinung nach ist auch der Umgang mit Lebensmitteln sehr wichtig. Ich könnte mir vorstellen, dass man neben dem Kurs fürs Pizzabacken auch die Möglichkeit bietet den Kindern zu zeigen wie sie mit einfachen Mitteln gesundes, Gemüse lastiges Essen zubereiten können.

Was aber im heurigen Programm tatsächlich auf der Strecke bleibt, ist das Künstlerische, das Kreative. Da finde ich nur den Kurs Filzen mit Schafwolle. Dabei gäbe es noch Malen, Modellieren aber auch Singen. Ich finde es wird mit den Kindern viel zu wenig gesungen. Es müssen ja nicht deutsche Volkslieder sein, es können auch Musicals oder irgendwelche anderen Lieder, die gerade modern sind, gesungen werden.

Bei diesem Ferienprogramm bringen sich sehr viele Institutionen ein. Ob das die Sportvereine oder die einzelnen Magistratsabteilungen sind - es ist wirklich eine Freude. Aufgefallen ist mir jedoch, dass man vom Museum gar nichts hört oder lesen kann. Wo wir doch wollen, dass unsere Kinder die Museen besuchen, dass ihnen der Inhalt und die Exponate der Museen näher gebracht werden. Ich rege dies für das nächste Jahr an, vielleicht kann man einige meiner Überlegungen einbauen.

Für heuer wünsche ich den Kindern viel Spaß und ein Dank meiner Fraktion an die MitarbeiterInnen, die dieses Programm möglich gemacht haben.

StR. Huber: Danke zunächst für diese positive Rückmeldungen, ich werde das Lob an die Dienststelle Jugend weitergeben. Was das Kreative betrifft, darf ich sagen, gibt es das Filzen, Trickfilm- und Fotoworkshop, Ferientanzen. Wir nehmen natürlich auch Rücksicht darauf, was die anderen Partner oder Veranstalter in der Stadt Wels anbieten. Beispielsweise veranstaltet das Theater Vogelweide mit den Kindern das Sommertheater, im Alten Schlachthof gibt es ein eigenes Sommer-Theater-Programm. Also in diesem Bereich wird viel angeboten. Die Kinderfreunde oder das Talentolino haben auch ein hervorragendes Ferienprogramm. Gesamt gesehen wird es für die Kinder und Jugendlichen ein sehr buntes Programm geben. Die Anregungen nehme ich für das nächste Jahr gerne mit.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 13. wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke der Referentin für die Berichterstattung. Zu Tagesordnungspunkt 15. mache ich darauf aufmerksam, dass bei der Abstimmung zu diesem Punkt zwei Drittel der Gemeinderatsmitglieder anwesend sein müssen und von diesen eine Zweidrittelmehrheit für einen Beschluss gefasst werden muss.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

14.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die am 10.6.2002 beschlossenen Richtlinien zur Förderung von nachträglichen Personenlifteinbauten aufgehoben werden
SB-GFM-GM-1-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 04.04.2013:

1. Die Richtlinien zur Förderung von nachträglichen Personenlifteinbauten in Wohnhäusern, laut Beschluss des Gemeinderates vom 10.06.2002, werden aufgehoben.
2. Die Aufhebung tritt am Tag nach der Beschlussfassung in Kraft.
3. Für Anträge, die bis zum Außerkrafttreten eingelangt sind, sind die Richtlinien weiterhin anzuwenden.

Der Antrag (Anlage 24) zu Tagesordnungspunkt 14. wird

einstimmig angenommen.

15.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Einrichtung von Untersuchungsausschüssen im StW. 1992;
Resolution an den Oö. Landtag und die Oö. Landesregierung
DI-Verf-168-2013

StR. Dr. Rabl: Beim Tagesordnungspunkt 15. (Anlage 25) geht es um eine Statutenänderung. Es wurde in der Vergangenheit in Linz eine Resolution verfasst, dass es in Linz zukünftig Untersuchungsausschüsse geben soll. Dieser Antrag stammt von der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion und wurde sowohl von ÖVP als auch von FPÖ unterstützt. Wir meinen es ist eine gute Anregung deswegen, weil es auch in Wels möglicherweise

zu Vorgängen kommen kann, die durch einen Untersuchungsausschuss geklärt werden sollten. Es ist hier ein Kontrollinstrument, das einer Gemeinderatsminderheit zur Verfügung stehen soll. Ein Drittel der GR-Mitglieder sollte einen derartigen Untersuchungsausschuss einberufen können und deswegen wollen wir eine Änderung der Statuten in dieser Hinsicht. In der Folge soll eine Angelegenheit sehr genau und detailliert und der Wahrheitspflicht der jeweils Aussagenden entsprechend erörtert werden können.

GR. Reindl-Schwaighofer: Nachdem es im Präsidialausschuss einen Unterausschuss zum Demokratiepaket im Statut gibt, stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung des gegenständlichen Initiativantrages an den zuständigen Präsidialausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung ggst. Angelegenheit an den Präsidialausschuss zur weiteren Beratung wird bei

gegen 29 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer und GR. LAbg. Dr. Csar sind bei der Abstimmung zu o.a. Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer

16.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Novelle zur
Dauerkleingartenverordnung der Stadt Wels;
Auftrag an die Stadt Wels
DI-Verf-165-2013

Bgm. Dr. Koits: Bevor wir in die Diskussion einsteigen darf ich mitteilen, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt einen Abänderungsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktionen gibt, und zwar soll der als § 7 eingefügte Punkt „Parteistellung“ entfallen. Bitte das in die Beratungen miteinzubeziehen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte die Gelegenheit nutzen den Vereinsvorstand des Welser Kleingartenvereines mit der Obfrau Hedwig Lechner hier herzlich zu begrüßen, Es ist ein sehr rüchrig arbeitender Verein mit sehr vielen Mitgliedern und mit sehr vielen Menschen, die in diesem Bereich Lebensqualität und Wohlfühlsein in ihrer Freizeit erfahren können. Zuerst möchte ich mich herzlich für die hervorragende Vereinsarbeit bedanken.

Dieser Verein versucht seit einigen Monaten im Bereich der Kleingartenverordnung, welche die Stadt Wels erlassen muss, Veränderungen herbeizuführen. In Gesprächen wurde deutlich, dass irgendwo eine für uns nicht durchsichtige „Bremse“ eingearbeitet ist. Darum entschlossen wir uns dieses Thema zur Sprache zu bringen, weil es kaum einsichtig ist, dass diese kleinen Adaptionen der Vergrößerungen der Kleingartenhäuser, der Flächen, auf denen gebaut werden darf, nicht auch in Wels so verändert werden können, wie es z.B. in Steyr, Linz, Pucking oder anderen Bundesländern schon seit Jahren der Fall ist. Aus diesem Grund brachten wir diesen Antrag ein und ersuchen sie im Sinne der Welser Kleinlebensoasen mit uns gemeinsam diesen Antrag zu beschließen.

Gegenstand in der Diskussion mit dem Vorstand war die Parteistellung, zu der wir sagten, eigentlich würde der Vereinsvorstand ein Instrument in die Hand bekommen, um seine Vereinstätigkeit wirklich ausüben zu können. Was meine ich damit? Es ist so, dass einige der Kleingartenbewohner die Liegenschaft vom Verein gepachtet haben. Hier ist eine Parteistellung gegeben. Es gibt aber auch Mitglieder, welche die Liegenschaft vom Magistrat gepachtet haben. Hier kommt es zu Anträgen der Mitglieder des Vereines an die Behörde, ohne dass der Vereinsvorstand darüber informiert ist. Es ist zwar im Vereinsstatut eine Informationspflicht vorgesehen, aber leider halten sich die Mitglieder nicht immer daran. Um negative Entwicklungen hintanzuhalten und den Vereinsvorstand in die Verantwortung zu nehmen, wollten wir wie in Niederösterreich eine Parteistellung für den Vereinsvorstand. Der Vorstand ist natürlich bereit diese Verantwortung zu übernehmen.

Wenn die FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktionen diesem Antrag nur zustimmen, wenn der Vereinsvorstand kein Instrument in die Hand bekommt damit er seine Tätigkeit ausüben kann, sind wir gerne bereit diese Abänderung mitzubeschließen, damit wir dem Verein die Möglichkeit geben sich weiter zu entwickeln. Wir als SPÖ-Fraktion werden nach Absprache mit dem Vorstand des Vereins diesem Abänderungsantrag zustimmen, um eine Einigung zu erzielen.

GR. Schönberger: Über diesen heutigen Antrag bin ich sehr froh. Dieses Thema diskutierten wir im Ausschuss mehrfach. Bedauerlicherweise hat die SPÖ-Fraktion wenig Gehör gefunden um diese Änderungen herbeiführen zu können. Offensichtlich hat man jetzt überparteilich die Möglichkeit erkannt diesen Wohlfühllosen und Rückzugsrefugien dementsprechende Rechtssicherheit zu geben, um gleichgesetzt mit anderen Städten agieren zu können.

Vzbgm. Lehner: Dass die SPÖ-Fraktion im Ausschuss kein Gehör fand, entspricht nicht ganz der Wahrheit. Lt. Protokoll der Ausschusssitzung wurde sehr intensiv über die Größe der Kleingärten diskutiert. Es ging uns vor allem um die Übernachtungsmöglichkeit. Sollen wir eine Übernachtung aufgrund der Größe der Hütten zulassen? Am Ende der Sitzung kam man einstimmig – ich betone einstimmig – zu dem Ergebnis, dass man derzeit bei der bestehenden Größenregelung bleiben soll. Nachdem es eine klare Aussage im Antrag gibt, heißt das nicht, dass keinesfalls daran gedacht ist die Übernachtungsgelegenheit in den Kleingärten zu ermöglichen und zu unterstützen. Heißt das auch nicht, dass man einer Vergrößerung der Anlagen nicht zustimmen kann. Ganz im Gegenteil, wenn es wirklich nur darum geht den Rasenmäher, den Vertikutierer, die Liege usw. in einer Hütte zu verstauen und vor Vandalismus, vor Einbrechern oder nur vor der Witterung zu schützen, dann ist dies ein berechtigtes Anliegen der Kleingärtner,

welches wir unterstützen. Ich betone nochmals, alle vier Fraktionen haben sich im Ausschuss dazu bekannt.

Aber man entwickelt sich weiter und ich bin froh, dass wir heute einen Weg gefunden haben, der dazu führt, dass es hoffentlich auch einstimmig zu einer Vergrößerung der Gartenhütten kommt, die aber nicht zu Übernachtungen führen soll. Wir wollen keinen Wettbewerb der Nächtigungshütten in den Kleingärten. In den Kleingärten geht es darum sich zu erholen, sich der Hobbylandwirtschaft zu widmen, Gemüse zu ziehen usw. Wir wollen eine Wohlfühlmöglichkeit beibehalten und nicht eine Übernachtungsmöglichkeit schaffen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir GRÜNEN haben dieser Diskussion im Planungsausschuss bereits mehrfach alle möglichen Argumente entnehmen können und haben dort auch, wie Kollege Lehner bereits sagte, mehrfach vernommen, dass es eine einstimmige Ablehnung der vom Kleingartenverein vorgeschlagenen Maßnahmen gegeben hat. Offensichtlich gibt es nun in einem Teil der SPÖ-Fraktion – ich betone in einem Teil – Bestrebungen doch noch auf eine andere Art und Weise diese Kleingartenverordnung zu verändern.

Meine Damen und Herren vom Kleingartenverein, auch wenn sie jetzt enttäuscht sind über meine Worte, ich möchte ihnen erläutern warum wir für die Beibehaltung der derzeitigen Regelung sind. Wir glauben, dass Kleingärten in erster Linie Gärten sein sollen. Dass der Grünanteil an der Fläche bei weitem überwiegen soll, dass es darum geht, hier die Möglichkeit zu haben Gemüse und Obst anzubauen, sich im Grünen aufzuhalten und zu erholen, dass es aber nur bedingt darum geht Bauten zu errichten und diese Bauten eine bestimmte Größe nicht überschreiten sollen.

Wenn man in Wien Kleingärten ansieht, dann sieht man, dass dort - das ist offensichtlich auch im Zuge mehrfach durchgeführter kleiner Veränderungen schön langsam passiert – aus diesen ursprünglichen Schrebergärten inzwischen eine Ansammlung von Einfamilienhäusern geworden ist, die eine Verhüttelung darstellen, die wir in Wels verhindern wollen. Es geht uns also darum, dass wir den Charakter der Kleingartenanlage nicht in Gefahr bringen dadurch, dass wir nun, und ich glaube es wird nicht zum letzten Mal sein, einem solchen Ansinnen nach einer kleinen Veränderung der möglichen bebauten Fläche zustimmen. Wir sind daher dagegen. Wir glauben, dass es mit diesen 15 % der Fläche ausreichend ist eine Kleingartenhütte zu errichten, wie sie in einem Schrebergarten vorhanden ist. Auch wenn es verboten ist dort zu übernachten, so hat niemand etwas dagegen, wenn man einmal nach einer etwas ausgedehnteren Feier auch die Nacht dort verbringt. Aber es soll jedenfalls nicht Schritt für Schritt die Bebauungsdichte erhöht werden und damit über kurz oder lang auch das Ansinnen zu dauerhaftem Wohnen kommen.

StR. Dr. Rabl: Als ich heute zu dieser Gemeinderatsitzung kam war ich doch etwas überrascht über die Dringlichkeit dieses Themas und auch über die Vehemenz, mit der sie das vertreten. Und das mit gutem Grund, weil mir Herr Vzbgm. Lehner berichtete, dass dieses Thema im Ausschuss sehr breit diskutiert wurde. Die Einstimmigkeit, die dort herrschte, hat mich zur Überzeugung gebracht, dass dies ohnehin mit ihnen akkordiert ist. Ich war daher überrascht über den Antrag vom Kollegen Reindl-Schwaighofer, dass es jetzt doch eine Änderung geben soll, waren vorher die Fraktionskollegen der SPÖ doch für eine Beibehaltung der bisher geltenden Regelung. Dieser Meinungswenken war für mich vorerst nicht nachvollziehbar. Ich sprach dann aber mit dem ge-

schätzten Dr. Horst Sackmaier, den ich ja noch als Richter kennen gelernt habe und dessen juristische Fähigkeiten ich ausreichend kenne und schätze. Dieser erklärte mir, weshalb dieser Antrag nun auf der Tagesordnung steht.

Mir und unserer Fraktion ist klar, dass man sich an Gegebenheiten anpassen muss und dass eine bessere Nutzung eines Schrebergartens auch andere Voraussetzungen notwendig macht, als dies vielleicht noch vor 10 oder 20 Jahren der Fall war. Es reicht für mich - hier muss ich dem Gemeinderat Mag. Teubl heftig widersprechen - heute nicht mehr aus, wenn ich auf einem Schrebergarten eine Gartenhütte aufstelle, in der ich die Gartengeräte unterbringe. Gerade wenn ich in einer Wohnung ohne Garten wohne, möchte ich mich in meinem Schrebergarten aufhalten und wenn es kurz regnet, möchte ich wo reingehen können. Wenn es ein bisschen kühler wird oder wenn ich den Abend im Schrebergarten verbringen möchte, möchte ich mich auch dort hin zurückziehen, wo es ein bisschen überdacht ist und wo es vielleicht nicht so zieht.

Also, ich kann das sehr gut nachvollziehen. Die Platzgegebenheiten sind anders als das vor 20 oder 30 Jahren noch der Fall war. Ich kann mich erinnern, mein Großonkel hatte auch einen Schrebergarten. Es war eine Laube mit 5 m² und ein angehängter kleiner Verschlag, in dem er die Gartengeräte unterbrachte. Heute wird dies großzügiger gestattet und ich habe deswegen trotzdem nicht die Befürchtung, dass bei einer Fläche von 35 m² scharenweise die Leute im Schrebergarten wohnen, weil einerseits auch die sanitäre Ausstattung in diesem Ausmaß nicht gegeben ist und eine Wohnmöglichkeit auch von der Erreichbarkeit gar nicht möglich ist.

Deswegen glaube ich, dass diese Regelung durchaus adäquat ist. Jedoch hatte ich mit diesem § 7 der Parteistellung des Vereines ein Problem. Das haben wir auch in der Fraktion intensiv erörtert. Ich weiß, es gibt in Niederösterreich eine derartige Regelung. Trotzdem ist es eine sehr heikle Sache. Wenn der Verein bei Einzelvorhaben mitsprechen und dort sagen kann, nein das will ich nicht oder ja das will ich, kommt es zu Konflikten. Diese Konflikte sollte man auf einer höheren Ebene, auf Landesebene regeln. Wenn dieser Punkt nicht mehr enthalten ist, können wir uns als Freiheitliche Partei eine Zustimmung vorstellen. Wir führten noch einmal ein kurzes Gespräch in dem wir sagten, ÖVP und FPÖ machen noch einen Abänderungsantrag und streichen diesen § 7. Damit haben wir sofort eine Lösung, die ihnen dienlich ist. Diskutieren können wir über diesen § 7 später auch noch. Ihnen geht es vor allem darum eine adäquate Größe der Bebauung sicher zu stellen. Ob dann der Verein eine Parteistellung hat oder nicht, ist eine andere Angelegenheit. Das kann im Übrigen auch von der Bauabteilung im Magistrat erledigt werden.

Wir glauben, dass die dargestellte Regelung ohne § 7 genauso für sie dienlich ist, dass dieser Paragraph auf Landesebene geregelt werden soll und ich hoffe, dass wir heute eine einvernehmliche Lösung finden werden.

GR. LAbg. Dr. Csar: Wir waren auch darüber erstaunt, dass heute ein anderer Antrag eingebracht wurde als im Ausschuss diskutiert. Wäre es im Ausschuss bereits anders diskutiert worden, hätten wir im Vorhinein gesagt, wie es sein soll und wie wir es wollen. Der vorliegende Antrag wurde adaptiert, weil wir bezüglich Parteistellung Bedenken hatten. Mit diesem Zusatz- oder Abänderungsantrag wurden diese nun zerstreut. Die Lösung schaut so aus, dass die Kleingärten auch weiterhin genutzt werden können. Mit dieser sehr kleinen und geringfügigen Abänderung ist sicherlich eine gewisse Lebensqualitäts- oder Nutzungsqualitätssteigerung für die Kleingärtner gegeben.

GR. Ganzert: Ich bin verwundert, mein Kollege Schönberger und ich sind im zuständigen Ausschuss und ich frage mich, woher sie ihren Informationsstand haben? Karl Schönberger und ich wissen, dass es keine Abstimmung zu der definitiven Frage, gehen wir diesen Schritt, ja oder nein, gab. Zwischen dem Verein und den zuständigen Mitgliedern aller Fraktionen gab es regen Schriftverkehr. Die erste Ausschusssitzung hatte zum Ergebnis, dass es noch Informationen und Diskussionen bedarf. Auch bei der darauffolgenden Sitzung des Ausschusses, so hatte ich den Eindruck, kam es zu keiner Abstimmung wo gesagt wurde, nein wir lehnen klar und dezidiert jede Veränderung ab. Ich bin trotzdem über den heute gangbaren Konsens für fast alle Beteiligten froh.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich bedanke mich herzlich für die Wortmeldungen. Ich glaube, es hat im Sinne des Vereines eine gute Entwicklung genommen. Es wird versucht ein bisschen Kindesweglegung zu machen. Dazu möchte ich sagen, ich bin im Besitz des gesamten Schriftverkehrs, den der Verein mit den zuständigen Referenten führte. Da gibt es kein Wort über „auf Dauer wohnen in den Kleingärten“. Das war von Haus aus kein Wunsch von ihnen, er wurde in die Diskussion hinein interpretiert und ist dann als Begründung des Nichtnähertretens des Antrages genommen worden. Deswegen nahmen wir uns darum an, weil im Wesentlichen ständig Ablehnungsgründe gebracht worden sind, die sachlich durch diesen Schriftverkehr nicht gegeben waren. Möchte mich aber für die Diskussion bedanken, wünsche dem Verein eine gedeihliche Weiterentwicklung und ersuche um Zustimmung.

Der Abänderungsantrag (Anlage 27) zu Punkt 16. der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion der Tagesordnung wird bei

gegen 30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 26) zu Punkt 16. der Tagesordnung wird bei

gegen 30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

Vzbgm. Lehner war zum Zeitpunkt der Abstimmungen über diese beiden Anträge nicht im Saal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Ganzert

17.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Einführung eines Jugendtickets;
Resolution an die Oö. Landesregierung
DI-Verf-166-2013

Dieser Initiativantrag wurde von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zurückgezogen und ist daher nicht mehr auf der Tagesordnung.

Berichterstatter Gemeinderat Karl Schönberger

18.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Vermarktung
von Kultur- und Sportaktivitäten durch die Wels Marketing & Touristik GmbH;
Auftrag an die Wels Marketing & Touristik GmbH
DI-Verf-167-2013

Dieser Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen.

Berichterstatter Gemeinderat Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

19.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Umsetzung der Maßnahmen betreffend Jugendherberge
DI-Verf-169-2013

GR. Dipl.-Ing. Gunter Haydinger: Der folgende Antrag beschäftigt sich mit einigen Maßnahmen und Weiterentwicklungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Welser Jugendherberge. Wie sie in den letzten Wochen den Medien entnehmen konnten, hat sich die Hotellerie in Wels auch im Jahr 2012 wieder sehr positiv entwickelt und so konnten in Wels im Jahr 2012 Nächtigungen in der Höhe von 175.000 verbucht werden, was einem Plus von über 8 % entspricht.

Eine traurige Ausnahme dabei spielt die bereits angesprochene Jugendherberge, die mit einer Auslastung von lediglich ungefähr 30 % der Stadt Wels ein Defizit von über 100.000 Euro jährlich verursacht. Diese Zahlen stammen leider nicht nur aus dem Jahr 2012 sondern auch aus den Jahren davor. So ist die Auslastung bei rund 30 % bereits seit den Jahren 1991 rückzuvollziehen und auch die Defizite sind mindestens seit dem Jahr 2008 in einer Höhe von 100.000 bis 160.000 Euro jährlich zu beziffern.

Es gibt einen Kontrollbericht zu diesem Umstand, wo auch einige Ursachen eruiert werden, die auf diese Schieflage zurückzuführen sind. So sind z.B. die Tarife in Wels nicht mehr ortsüblich. Nur ein Beispiel: Man kann in der Welser Jugendherberge um 2,50 Euro frühstücken. Die Tarife für eine Nächtigung in Wels pro Person betragen ungefähr 14 Euro, im Vergleich zur Stadt Linz 25 Euro. Weiters wird darauf hingewiesen, dass der finanzielle Aufwand, also die Betriebskosten, der Sachaufwand und der Personalaufwand in keinem Verhältnis zu den äußerst niedrigen Nächtigungszahlen stehen. Ein weiter angeführter Punkt ist die fehlende Internetpräsenz. So kann eine Buchung in der Welser Jugendherberge über das bekannte Buchungssystem Hostelling International nicht durchgeführt werden. Das ist schon brisant, wenn man denkt, dass vor allem junge Menschen dort übernachten und bekanntlich auch junge Menschen vorzugsweise ihre Hotels oder Pensionen im Internet buchen. Das ist in Wels nicht möglich.

Wir Freiheitlichen fordern daher, dass diese im Kontrollbericht angeführten Maßnahmen unverzüglich durchgeführt werden. Gleichzeitig fordern wir auch die Überprüfung welche alternativen Betriebsformen bestehen, wie etwa die Ausgliederung in einen eigenen Rechtskörper oder eine Privatisierung. Ich ersuche um Beschlussfassung.

StR. Huber: Zuerst darf ich meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, dass ein vertraulicher Kontrollbericht zu einer Presseaussendung wird. Ich habe wieder einmal den Eindruck, dass die Freiheitlichen von ihrer eigenen Misswirtschaft ablenken wollen oder geht es ihnen nur um ihre mediale Präsenz? Ich halte es wie Kollege StR. Dr. Rabl, der sagte, o.k. wir haben z.B. im Tierpark 600.000 Euro Abgang – Zuschussbedarf. Ja, wir haben auch in der Jugendherberge 90.000 Euro Zuschussbedarf, nachzulesen im Budget, das beschlossen wurde. Auch der Tarif für die Jugendherberge wurde im Gemeinderat beschlossen.

Festhalten darf ich, dass der Hauptgrund für die Errichtung einer Jugendherberge, die Bemühungen der Stadt Wels und des Tourismusverbandes sich im Jugendtourismus zu engagieren waren, eine kostendeckende Führung der Jugendherberge hatte nicht oberste Priorität. Wenn man sich anschaut, wer in der Jugendherberge nächtigt, sieht man, es sind die Sport-, Kulturvereine usw. Ich darf erwähnen, dass die jugendlichen Teilnehmer des Upper-Austria-Cup, des Drei-Länder-Turniers, des WSC-Hertha, des Speedo-Meetings, der Judovereine usw., eine günstige Nächtigungsmöglichkeit vorfinden.

Ich hätte bereits im 1. Halbjahr das Thema Tarife der Jugendherberge in Angriff genommen, weil wir im Budgetbegleit Antrag ja Evaluierung der Jugendherberge sagten. Aber ich glaube, die Dinge gehören dort diskutiert, wo sie auch hingehören.

Kollege Haydinger, wenn sie schon einen vertraulichen Kontrollbericht für ihre Presseaussendung verwenden, dann würde ich sie ersuchen genau zu lesen. Sie schreiben „während die Welser Hoteliers ein Nächtigungsplus von 8,2 % zu verzeichnen haben,

tümpelt die Jugendherberge seit Jahren bei einer Auslastung von 30 % herum.“ Schlagen sie bitte jetzt den Kontrollbericht, Seite 13, auf – wir haben 36 % Auslastung. 30 % war 1991. 36 % haben wir heuer. Wenn sie das Jahr 2011 anschauen, da waren es 38 % Auslastung. Das ist ein Plus von 8 %. Wie die restliche Hotellerie auch. Ich weiß jetzt nicht, was hier so schlecht ist? Wenn wir den Tarif erhöhen sollen, dann reden wir im Ausschuss darüber. Wir müssen uns aber auch überlegen, was wir der Jugend bieten wollen. Was ist uns die Jugendherberge und der Jugendtourismus in der Stadt Wels wert? Deswegen gehört diese Angelegenheit in den zuständigen Ausschuss und nicht medial verwertet.

GR. Wildfellner: Ich stelle hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zu verweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Wildfellner auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 28) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

gegen 23 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beauftragung des Magistrates der Stadt Wels, Abteilung Kinderbetreuung, die notwendigen Schritte zur Bedarfserhebung sowie Planung, Errichtung und zum Betrieb eines heilpädagogischen Hortes auf Grundlage des OÖ Kinderbetreuungsgesetzes durchzuführen:

GR. Hoflehner: Es geht hier um eine Angelegenheit, die für Nichtbetroffene eine Kleinigkeit darstellt. Für alle jene die es betrifft, ist es jedoch sehr wichtig. Im dichten und sehr guten Betreuungsnetz der Stadt Wels gibt es für Kinder und Jugendliche keinen heilpädagogischen Hort. Im Jahr 2003 ist mir dieses Thema sehr bewusst geworden aufgrund des Europäischen Jahres für Menschen mit Beeinträchtigung, was hier Menschen leisten und leisten müssen, die wirklich Unterstützung brauchen.

Im Wesentlichen geht es darum, dass es natürlich in der Stadt Wels Horte mit Integrationsgruppen gibt, wo Kinder mit leichten Beeinträchtigungen bereits Teil dieser Hortgruppen sind. Ein heilpädagogischer Kindergarten ist allerdings etwas sehr Spezifisches, er ist schön eingebettet in das OÖ Kinderbetreuungsgesetz. Letztendlich gibt es hier auch noch die Finanzierungsfrage, weil dieser Hort etwas ganz Besonderes braucht, um dort schwer und schwerst beeinträchtigte Kinder und Jugendliche, die bereits die Schule besuchen, nachmittags zu betreuen.

Bisher gab es in der Stadt Wels die Frage des Bedarfes. Es müssten mindestens fünf Kinder und Jugendliche betreut werden. Inzwischen hat sich dies dahingehend geändert, dass die angeführte Zahl der Betroffenen nicht wirklich ein Problem darstellt. Die Meinungsäußerung im Zuge einer Diskussion der betroffenen Eltern hat dazu beigetragen, dass sich heute der Gemeinderat mit einer positiven Willensäußerung diesen Anliegen der betroffenen Eltern, die ihre Kinder in einem heilpädagogischen Hort betreut

haben wollen, annimmt. Wie gesagt, eine Kleinigkeit für viele Menschen in dieser Stadt, aber eine große Sache für alle, die betroffen sind.

Der Sachantrag (Anlage 1) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend die Erlassung einer Verordnung, wonach in der Freizeitanlage Wimpassing das Entzünden von offenem Feuer und das Grillen verboten bzw. stark reglementiert werden. Darüber hinaus ist die Nutzung der Anlage inklusive der Parkplätze mit klaren Regeln zu versehen, bei deren Nichtbeachtung entsprechende Geldstrafen festzulegen sind.

Bgm. Dr. Koits berichtet, dass es zu diesem Dringlichkeitsantrag drei Abänderungs- und einen Zusatzantrag gibt, und zwar Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Änderung des Punktes 2 wie folgt: „2. Die Stadt Wels wird beauftragt, eine Verordnung auszuarbeiten, wonach Als Frist soll der 1. Juli 2013 umgesetzt werden.“

Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Änderung des Punktes 2 erster Satz, das Wort „verboten“ soll gestrichen und nach dem Wort „werden“ soll das Wort „soll“ eingefügt werden.

Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Änderung des Punktes 2 wie folgt: „2. Die Stadt Wels erlässt eine Verordnung, wonach in der Freizeitanlage Wimpassing das Entzünden von offenem Feuer und das Grillen verboten bzw. stark reglementiert werden. Darüber hinaus ist die Nutzung der Anlage inklusive Parkplätze mit klaren Regeln zu versehen, die zumindest eine Nachtruhe von 22.00 bis 06.00 Uhr sicherstellen, bei deren Nichtbeachtung entsprechende Geldstrafen festzulegen sind.“

Zusatzantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Freizeitanlage Wimpassing, wie folgt: „Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, mit denen in der Hauptsaisonzeit eine durchgehende Überwachung der Freizeitanlage Wimpassing gewährleistet wird.“

Bgm. Dr. Koits: Ich ersuche sie diese Anträge in die Diskussion miteinzubeziehen. Ich darf sogleich die Reihenfolge der Abstimmung festlegen, und zwar wird zuerst über den Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betr. Änderung des Punktes 2 abgestimmt, dann folgt die Abstimmung über den Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betr. Änderung des Punktes 2, anschließend über den Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betr. Nachtruhe, an diesen anschließend Abstimmung über den Hauptantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion und daran anschließend Abstimmung über den Zusatzantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion.

GR. Markus Wiesinger: Nach dem Ausschuss hat es sehr viele Gespräche in den Fraktionen gegeben und ich glaube, dass auch sehr viele Anrainer direkte Kontakte zu Stadtsenats- als auch Fraktionsmitgliedern der einzelnen Gemeinderatsfraktionen gesucht haben. Warum habe ich diesen Antrag gestellt? Ich war über die Diskussion im Ausschuss verwundert. Es gab einen Antrag der FPÖ-Fraktion und der Vorsitzende des Ausschusses wollte diesen Antrag weiterleiten in einen anderen Ausschuss, da er sich nicht zuständig fühlte. Von den GRÜNEN vernahm ich zu diesem Thema keine Wortmeldung, bei der SPÖ-Fraktion kannten einige das Problem, einigen war das Problem komplett neu.

Was passiert in der Freizeitanlage Wimpassing? Selbst bin ich in der Freizeitanlage Wimpassing aufgewachsen, als Kind hat man natürlich andere Eindrücke als jene, die heute vorherrschen. Fast täglich gibt es Anrufe bei der Polizei speziell wegen Lärmbelästigungen nach 22.00 Uhr. In der Zeit vom 2.-11.5.2013, also in 11 Nächten hat es 7 laute Nächte gegeben, hier spreche ich von Belästigungen über 22.00 und über 24.00 Uhr hinaus. An das Grillgebot, man darf nur in den Betongefäßen grillen, hält sich niemand. Es werden Griller mitgebracht, es wird irgendwo in der Wiese gegrillt, und es werden auf der offenen Wiese Lagerfeuer gemacht. Das ist aus meiner Sicht besonders gefährlich, denn es war bereits so weit, dass ein Autoreifen in der Nacht angezündet wurde. Dieser Brand ist außer Kontrolle geraten, denn es gibt keine Brandschutzmaßnahmen in der Freizeitanlage. Daraufhin lief der Jugendliche in die Otto-Löwi-Siedlung und holte einen Feuerlöscher. Besorgte Anrainer riefen jedoch in der Zwischenzeit die Feuerwehr, die den Brand löschte. Es brandte bereits ein Baum. Deshalb stelle ich diesen Antrag und fordere ein generelles Grillverbot, weil man nie weiß wie dies enden wird.

In der Diskussion zur Dringlichkeit merkte man bereits, dass es in allen Fraktionen verschiedene Meinungen zu diesem Thema gibt. Doch grundsätzlich wollen wir alle das Gleiche. Wir wollen, dass die Anrainer in Ruhe schlafen können, wir wollen eine Freizeitanlage für sportliche Tätigkeiten und, falls das Grillen nicht verboten werden kann, können wir auch damit leben. Mir geht es darum, dass die Anrainer in Ruhe schlafen können, dass Ruhe herrscht.

Wie bereits von der Freiheitlichen Partei angesprochen, finden am Parkplatz nächtliche Schleuderfahrten statt, auch bei Regenwetter. D.h. von der Freizeitanlage Wimpassing gehen fast täglich Lärmbelästigungen aus, egal welche Wetterbedingungen herrschen. Die Jugendlichen kommen nicht nur aus Wels, sie kommen aus Vöcklabruck, Linz, Linz-Land und fahren gezielt zu diesem Parkplatz, führen dort Schleuderfahrten durch, hören laute Musik. Die oberhalb wohnenden Anrainer können nicht schlafen. Es gibt auch hier im Gemeinderat Mitglieder und Kolleginnen die demnächst dort ein Einfamilienhaus beziehen werden. Diesen würde ich raten mit den bereits in diesem Bereich wohnenden Familien zu sprechen – es ist dort wirklich unerträglich.

Ich hoffe, dass mit dieser Verordnung endlich die Anrainer ruhig schlafen können, dass die Sicherheit wieder hergestellt wird, dass wilde Grillen mit nicht vorgesehenen Einrichtungen unterbunden wird, dass dies nur mehr bei den vorgesehenen Betonringen erlaubt ist, dass mitgebrachte Griller nicht mehr aufgestellt werden dürfen. Aus meiner Sicht ist besonders wichtig, dass es zu strengen Kontrollen kommt und dass jene Personen, die sich nicht an die Spielregeln halten, auch bestraft werden. Ich hoffe, diese Verordnung wird sehr rasch umgesetzt. Morgen gibt es bereits wieder Temperaturen

um 26 Grad Celsius und ich möchte nicht wissen, wie stark morgen die Freizeitanlage frequentiert wird.

GR. Schönberger: Mich verwundert die Vorgangsweise der FPÖ. Die FPÖ bringt einen Antrag ein, damit in der Freizeitanlage Wimpassing etwas verändert werden muss. 2008, 2009 hat der letzte zuständige Referent, Vzbgm. Manfred Hochhauser, diese Betonringe aufstellen lassen, als Benützungsgebühr wurden 5 Euro kassiert. Die Gebühreneinnahmen und die Kontrollen wurden durch den Wachdienst übernommen. Nach der Wahl 2009 geriet dies einfach in Vergessenheit. Plötzlich braucht man einen Antrag um die Versäumnisse des jetzigen Referenten zu sanieren. Dieser „Aufholbedarf“ wäre nicht notwendig, wenn der Referent seine Arbeit gemacht hätte. Heute haben wir letzten Endes mit diesen Auswüchsen zu leben, zu kämpfen, weil in den letzten vier Jahren es verabsäumt wurde sich darum zu kümmern. Ich frage mich warum das über Jahre hinweg versäumt wurde?

GR. Wartinger: Die Freizeitanlage Wimpassing ist ein Juwel für die Welser. Ein Juwel wie der Pollheimerpark mit dem angrenzenden Ledererturm, wie die Traun, die Messe oder andere Erholungsflächen. Ich bin dort aufgewachsen. Die Freizeitanlage war für uns ein Abenteuerspielplatz. Im Winter konnte man Eislaufen, im Sommer Fußball spielen, Baden, mit Schlauchbooten fahren usw. Dieser Bereich war jedoch immer auch ein Überschwemmungsgebiet. Grillen konnte man zu dieser Zeit noch nicht. Wie Kollege Schönberger sagte, es gibt die gemauerten Griller und wenn dort gegrillt wird muss überprüft werden, dass zusammen geräumt, der Müll entfernt wird usw. Für diese Überprüfung haben wir die Ordnungswache.

Früher wurden auch Sandspielplätze bzw. Spielgeräte aufgestellt. Leider an jenen Plätzen, die überflutet wurden.

Im Stadtteil Wimpassing baute man in den letzten Jahren sehr viele Einfamilienhäuser. Die Lawog errichtete Wohnhäuser in der Otto-Löwi-Straße. Die Bevölkerung in Wimpassing wurde immer mehr. Es ist natürlich verständlich, dass sich diese Bewohner durch den Lärm und durch die nächtlichen Ruhestörungen belästigt fühlen. Auch in einem privaten Garten gibt es Regeln, dort kann man auch nicht um Mitternacht zu Grillen beginnen, ebenso sind Ruhezeiten von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr einzuhalten.

Die Freizeitanlage Wimpassing ist groß genug um Platz für alle Welser und Welserinnen zu finden. Vielleicht sollte man wieder Vereine miteinbinden und sich sinnvolle Projekte überlegen. Die Freizeitanlage Wimpassing soll wieder ein Abenteuerspielplatz für die Kinder werden

Keinen Sinn macht eine Hundefreilauffläche, die ein halbes Jahr überschwemmt ist.

Bgm. Dr. Koits: Bevor wir die heute diskutierten Dinge umsetzen, müssen wir das Wasser in den Griff bekommen. Hinweisen darf ich auch darauf, dass seinerzeit die Freizeitanlage als Überlaufbecken für Hochwasser gewidmet wurde.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich darf sogleich an diese Erinnerung anschließen und sie ersuchen, sich den dazugehörigen Flächenwidmungsplan anzuschauen. Dort findet man die Widmung Erholungsgebiet. Vor 30 oder 40 Jahren war diese Anlage auch als Erholungsgebiet zu nützen. Anfangs gab es den Teich, der sich bei Regen füllte, im Sommer aber wieder austrocknete, weil der Boden in diesem Bereich der Anlage noch versicke-

rungsfähig war. Die Stadt Wels war praktisch ohnmächtig, der Grünbach hat von Jahr zu Jahr die Versickerungsmöglichkeit versiegelt und es kommt jetzt sofort zum Stau des Wassers. Im letzten Jahr konnte man beobachten, dass es immer häufiger zum Überlauf kommt und auch die restlichen Teile der tiefer liegenden Anlage überschwemmt werden. Vor vielen Jahren dachte ich an eine Umleitung des Grünbachs in die Traun. Diesem Projekt ist man aus verschiedensten Gründen nicht nachgekommen. Der Grünbach kann das aus Offenhausen, Gunskirchen stammende Wasser nicht weiterbefördern, sonst hätten wir in Marchtrenk die totale Überschwemmung. Deshalb füllt sich dieser Bereich.

Wir wissen alle, wir stehen dem machtlos gegenüber. In der Maxlhaid können wir alle fünf Jahre eine neue versickerungsfähige Grube ausheben und das Wasser damit einigermaßen zur Versickerung bringen.

Zu den Ausführungen von Frau Wartinger darf ich sagen: Über Drängen der ÖVP und anderer Gruppen ist es uns gelungen im vergangenem Jahr eine Fläche zu finden, die einigermaßen für diese Hundefreilauffläche geeignet ist. In dieser Freizeitanlage Wimpassing ist diese Hundefreilauffläche fast der einzige Punkt, der noch so hoch liegt, dass er nicht bei jedem Hochwasser überschwemmt wird.

Kollege Baumgartner war heuer im Frühjahr so nett sich diese Hundefreilauffläche anzuschauen. Er kann doch nicht einfach behaupten, dass dieser Bereich bereits ein halbes Jahr überflutet ist. Auch stehen die Spielgeräte nicht im tiefsten Bereich der Freizeitanlage, sondern in unmittelbarer Nähe des Buffets, also am höchsten Punkt der Anlage und können jederzeit benützt werden.

Zum Antrag der FPÖ-Fraktion im letzten Gemeinderat und zum Ausschuss: Dieser Antrag beinhaltete als Hauptproblem die Überwachung. Ebenso wurden die Probleme mit dem Parkplatz aufgezeigt. Es war absolut und überwiegend die Aufgabe des für die Ordnungswache oder für sonstige Überwachungseinrichtungen zuständigen Ausschusses. Herr Schönberger, wenn sie ihren eigenen Referenten, den Herrn Bürgermeister beschuldigen, dass er jahrelang untätig ist und diese Dinge nicht in Ordnung bringt – ich hätte mich das an ihrer Stelle nicht zu sagen getraut. Dafür ist der Herr Bürgermeister zuständig, er weiß es natürlich – ein Überwachungsproblem ist in erster Linie von der Ordnungswache grundsätzlich aufzunehmen. Ich kontaktierte das Personal der Ordnungswache, ob sie die Überwachung in der Freizeitanlage aufgenommen haben. Dieses erklärte mir ausdrücklich, dass sie tagsüber dazu keine Zeit hätten. Ich ersuche sie Herr Bürgermeister, wirken sie darauf ein, dass die Ordnungswache die Freizeitanlage Wimpassing überwacht.

Vier Tage nach dem Umweltausschuss, in dem sich Kollege Teubl und Kollege Wiesinger so unwohl fühlten, bin ich mit den zuständigen Beamten in die Anlage gefahren. Anschließend legten wir ein Konzept für den Parkplatz vor, nach dem es nicht mehr möglich ist diese Rundfahrten durchzuführen. Der Parkplatz wird hinten geschlossen, es werden Bäume gepflanzt und Steine oder Betonelemente dort eingefügt. Wir wissen auch, dass dies vielleicht nicht das ganze Problem lösen wird. Sollte es nicht möglich sein diese Vorfälle zu unterbinden, müssten wir einen Schranken aufstellen. Dazu braucht es Magistratsbedienstete, die um 22.00 Uhr diesen Schranken absperren und um 06.00 Uhr morgens wieder öffnen. Das ist technisch möglich. Die Frage ist die Notwendigkeit.

Montagvormittags füllen sehr engagierte Personen der Lebenshilfe den herumliegenden Müll in Säcken ab. Diese Müllsäcke werden auf dem Parkplatz zwischengelagert und von Mitarbeitern der Dst. Stadtgärtnerei weggebracht. Wir haben auch festgestellt, dass die aufgestellten Müllcontainer zu wenig sind. Bei Schönwetter am Wochenende, an Feiertagen, befinden sich einige hundert Personen in der Freizeitanlage.

Bei einem Besuch der Freizeitanlage meinerseits an so einem schönen Wochenende konnte ich feststellen, dass die immer verlautbarte Zahl an Besucher gar nicht der Wahrheit entspricht. Es war ausgesprochen ruhig - außerdem hörte ich auch keinen Lautsprecher, kein lautes Radio – nichts. Es war friedlich.

In aller Gemütlichkeit wurde gegrillt. Allerdings in einem Bereich, der nicht für das Grillen vorgesehen ist, wo ich aber meine, dass er unter Umständen geeignet wäre, wenn man im Sinne der ständig zuwachsenden Anrainer handeln würde. Durch die ständigen Neubauten von Einfamilienhäusern werden die Anrainer immer mehr. Ein Welser Politiker versprach den neu zugesiedelten Personen, dass das Grillen in der Freizeitanlage Wimpassing verboten wird. Als zuständiger Referent habe ich davon noch nichts gehört. Die neuen Reihenhäuser werden aufgrund dieser Aussage, dass eben das Grillen nicht mehr erlaubt werden wird, verkauft. Mit den zuständigen Beamten habe ich besprochen, dass im nordöstlichen Teil der Anlage die große Grillstation abgebaut werden wird, weil diese unnötigerweise nahe an der neuen Reihenhaussiedlung aufgestellt ist und weiter unten im Westen sicher besser aufgestellt wäre. Entlang dieses Mitteldammes haben einige Personen gegrillt. Diesen teilte ich mit, dass das Grillen in diesem Bereich verboten ist.

Bei den heutigen Wortmeldungen entsteht der Eindruck, als ob es in der Freizeitanlage keine Regeln gäbe. Man braucht sich doch nur die aufgestellten Tafeln anschauen, da steht „Lautsprecher verboten“, „Grillen nur an den vorgesehenen Plätzen“, „Müll bitte einsammeln und mitnehmen“ usw. Also Regeln sind vorhanden. Die Einhaltung dieser Regeln ist im Wesentlichen ein Überwachungsproblem. Darum haben wir den Abänderungsantrag betreffend Streichung des Wortes „verboten“ eingebracht. Die Besucher sollen sogar Grillen, denn es sind Menschen, die keine Gärten, keine Grundstücke im Grünen besitzen, sondern sie wohnen in den einfachsten Verhältnissen und genießen am Wochenende eine Anlage, die grundsätzlich für das Grillen geeignet ist.

Vor einigen Jahren wurden diese Grillplätze aufgestellt, die von Zeit zu Zeit wieder in Ordnung gebracht werden. Diese haben zumindest eine gewisse Ordnung hergestellt. Es gibt auch Personen, die nicht an den vorgesehenen Plätzen grillen; das ist völlig in Ordnung, wenn sie den Platz sauber wieder verlassen.

Zu den bestehenden Vorschriften noch einmal ein Reglement zu machen, eventuell mit einer ortspolizeilichen Verordnung, ist sicher in Ordnung. Mit einer solchen Verordnung könnte man die absolute Nachtruhe von 22.00 bis 06.00 Uhr ergänzen. Grundsätzlich würde man keine Verordnung benötigen, weil die Nachtruhe durch eine gesetzliche Bestimmung in ganz Wels festgelegt ist.

Meiner Meinung nach reicht die Ordnungswache nicht aus. Am Magistrat sind 1.600 Personen beschäftigt. Von diesen Mitarbeitern würde man an 20 bis 30 Tagen im Jahr eine Person abziehen, die sich mittags bis abends in der Freizeitanlage aufhält und die Gebote überprüft. Wer von uns Gemeinderatsmitglieder soll den bewirken können, dass in der Freizeitanlage kein Müll weggeschmissen wird? Das ist doch bei rund 500 Besu-

chern nicht möglich. Sie können ja auch nicht den Herrn Messedirektor dafür verantwortlich machen, dass bei einer Messe am Sonntagmorgen das Messegelände stark verschmutzt ist. Dort müssen auch Mitarbeiter der Müllabfuhr zusammenräumen, das ist halt einmal so.

Ich möchte sie daher ersuchen, dass dieser Überprüfungsantrag mitbehandelt und das Wort „verboten“ herausgenommen wird, denn die Besucher der Freizeitanlage wollen grillen. Es gehört nur strenger überprüft. Zu mir sagte eine Frau „Herr Wieser, früher ist ja doch immer der Wachdienst gekommen und haben das überwacht.“ Die Ordnungswache hat diese Aufgabe in der Intensität nicht übernommen, sie soll jedoch dafür eingesetzt werden. Zusätzlich brauchen wir noch eine Person, wenn die Besucheranzahl sehr groß ist, die mehr als dreimal am Tag die Anlage überprüft.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Wieser.

Bgm. Dr. Koits: Mit wirklich einem großen Teil der Ausführungen von Vzbgm. Dr. Wieser bin ich durchaus einverstanden. Seinerzeit sahen wir diese Anlage auch als Freizeitanlage für die Bevölkerung vor. Ich war selbst jahrelang Referent und habe die Vergrößerung der Anlage mitverfolgt. Damals stellten wir die ersten Grillstationen auf. Mir hat es seinerzeit leid getan, denn die Bevölkerung hat diese Grillplätze nie benützt. Wir dachten schon daran diese wieder aufzugeben. Im Laufe der Zeit jedoch wurden diese Grillstationen von immer mehr Menschen benutzt. Wenn wir die Grillstationen nicht hätten, würden sich die Besucher in anderen Parkanlagen aufhalten, die wesentlich näher bei Wohnsiedlungen liegen. Unsere Aufgabe besteht nun darin die vorhandenen Einrichtungen vernünftig aufzustellen. Die Freizeitanlage ist 20 ha groß und ich lasse mir nicht einreden, dass man diese neun bestehenden Grillstationen nicht an vernünftigen Stellen aufstellen kann.

Was die Überwachung anlangt, darf ich anmerken, dass am 9. Mai die Ordnungswache sechs Mal an Ort und Stelle war. Es gibt darüber sehr genaue Aufzeichnungen. Wie sie richtigerweise ausführten, kann die Ordnungswache nicht 24 Stunden vor Ort sein. Das ist unmöglich. Man muss auch von den Besuchern verlangen können die Anlage ordnungsgemäß zu nutzen. Um Mitternacht waren keine Personen mehr anwesend. Um 21.30 Uhr waren 7 Personen mit 3 PKW anwesend, ein PKW mit Linzer Kennzeichen, der auch am nächsten Tag in der Früh noch dort war. Um diese Zeit bin ich persönlich noch einmal durchgegangen. Um 17.00 Uhr waren 600 Personen anwesend und etwa 140 PKW, um 13.30 Uhr 500 Personen und um 10.30 Uhr 50 Personen. Man sieht im Laufe des Tages füllt sich die Freizeitanlage. Wir müssen schauen, dass wir die Thematik nach 22.00 Uhr in den Griff bekommen. Vor allen Dingen dort, wo heute außerhalb der erlaubten Grillstationen gegrillt wird. Entweder verlegt man diese oder wir unterbinden sie gänzlich. Die Mitarbeiter haben den Auftrag eine rechtliche Möglichkeit zwischen 22.00 und 06.00 Uhr zu finden, die uns erlaubt auch einzugreifen.

Ansonsten sollten wir diese Anlage als das sehen, was sie ist - eine Anlage für die Freizeit. Ich wäre sehr froh, wenn viele Welser und Welserinnen diese Freizeitanlage benützen würden.

Vzbgm. Dr. Wieser übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

GR. Baumgartner: Ich bin fast versucht zu sagen dieser Antrag ist ein sogenannter „Pinkelantrag“, um dem Umweltreferenten „ans Bein zu pinkeln“. In den ganzen Wort-

meldungen der ÖVP habe ich nur heraus gehört, dass der Umweltreferent für alles Mögliche zuständig ist. Von anderen Personen hörte ich jedoch nicht, dass dort tatsächlich so krasse negative Zustände herrschen. Ich bin selbst oft in dieser Anlage und ich muss zugeben, außer einmal ein kaputtes Auto, auf dem bereits ein Zettel der Bürgeranwaltschaft haftete, habe ich keine großen Probleme gesehen. Also bleiben wir ein bisschen bei der Realität. Die Freizeitanlage Wimpassing ist eine wichtige Anlage für alle Welserinnen und Welser. Natürlich kommen am Wochenende Leute anderer Nationalitäten aus Kirchdorf, Vöcklabruck usw. Sollte es Probleme geben, muss man diese Personen auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen hinweisen.

Lassen wir diese Anlage so wie sie ist, mit besserer Überprüfung und nicht als Spielball der ÖVP, damit man einen freiheitlichen Referenten immer wieder einen kleinen Seitenhieb versetzen kann.

GR. DI. Leitinger: Es sind jetzt sehr viele Argumente pro und contra dessen, was derzeit in der Anlage gemacht wird, angeführt worden. Ich werde versuchen die Nutzungskonflikte, die in der Anlage gegeben sind, vielleicht etwas auf den Punkt zu bringen.

Einerseits ist die Anlage primär dazu da um als Versickerungsfläche zu dienen und sie ist auch größtenteils des Jahres zu zwei Drittel überschwemmt und daher nicht nutzbar. Nur ein Drittel der Anlage ist über lange Zeit wirklich für Freizeitinteressen nutzbar. In Wels haben wir sehr wenig Grünraum zur Verfügung, unterdurchschnittlich wenig verglichen mit anderen Gemeinden, und so braucht es uns nicht zu wundern, wenn wir eine gewisse Ballung der Freizeitinteressen in der Anlage vorfinden. D.h. auf diesem einem Drittel der Fläche wollen die Menschen Grillen, Laufen, Joggen, ihren Hund ausführen. Auch die Kinder wollen spielen - das soll auch in Zukunft weiter so sein. Die Frage ist nur, wie gehen wir mit den berechtigten Interessen der Anrainer um, die sich durch den Lärm der nächtlichen Schleuderfahrten, durch Volleyballspielen in der Nacht usw. belästigt fühlen?

Bereits erwähnt wurde, dass das Grillen eigentlich nur in den Betonringen erlaubt ist. Offenbar wurde das Verbot des Grillens außerhalb der Betonringe früher kontrolliert, aber jetzt nicht mehr. Wieso kontrollieren wir das nicht wieder? Führen wir einen Lärmschutz von 22.00 – 06.00 Uhr ein und erlauben bestimmte Aktivitäten nicht mehr. Dr. Wieser hat bereits Maßnahmen gesetzt um das Schleudertraining auf dem Parkplatz hintanzuhalten. Offensichtlich dürfte sich dieses Problem lösen.

Ein Problem stellt auch die nahe Wohnbebauung dar. Dadurch kommt es zwangsweise zu Nutzungskonflikten. Die Anrainer wollen in ihren Hausgärten nicht unbedingt den anderen beim Grillen und Volleyballspielen zuhören. Jedoch jene Personen, die über keinen Hausgarten verfügen, wollen berechtigterweise ihr Bewegungsbedürfnis in der Natur ausleben. Darauf hat bereits Frau GR. Wartinger hingewiesen, wie wichtig es für Kinder ist einen Naturspielplatz zur Verfügung zu haben.

Aus unserer Sicht würde es genügen zu kontrollieren, dass wirklich nur mehr in den Betonringen gegrillt wird. Eventuell zu überlegen ist eine Umsituierung dieser, um die Lärmbelästigung zu verringern. Die Schleuderfahrten auf dem Parkplatz sind abzustellen und ist durch eine entsprechende Kontrolle dafür zu sorgen, dass die Nachtruhe für die Anrainer sichergestellt wird. Wir können diesem Antrag mit den Abänderungsanträgen zustimmen, möchten aber nicht, dass das Grillen und alle berechtigten Interessen

der Welser und Welserinnen in der Anlage nicht mehr möglich sind und die Anlage verwaist. Denn das wäre wirklich schade.

GR. Weidinger: Es freut mich, dass die GRÜNE-Fraktion nun letztendlich zustimmt. Den ganzen Nachmittag höre ich im Grunde nach nur Ablehnung und Enthaltung. Ich halte fest, die GRÜNEN sind gegen Schule, gegen Sport, gegen das ganze Budget. Ich bin jetzt überrascht, dass hier doch eine Zustimmung kommt.

Zu den Ausführungen von Dr. Wieser möchte ich sagen, dass sie natürlich schon in den letzten Jahren hier ein wenig versagt haben. Denn das Problem in der Freizeitanlage ist ja nicht nur seit kurzem bekannt. Heute schoben wir die Anträge hin und her. Tatsache ist, dass die Anrainer Ruhe haben möchten. Um nichts anderes geht es in diesem Antrag. Kollege Wiesinger brachte diesen Antrag ein, weil wir sahen, dass dies wieder nichts wird. Sie waren der Meinung, die Angelegenheit gehört in den Präsidialausschuss. Wir waren der Meinung es gehört endlich etwas gemacht. Aber Herr Dr. Wieser, bitte das müssen sie sich wirklich gefallen lassen, sie haben hier in den letzten Jahren nichts wirklich Gutes zusammengebracht.

Zwischenruf von Vzbgm. Dr. Wieser: Das können sie doch gar nicht beurteilen!

GR. Weidinger: Und jetzt noch zum Hundefreilaufplatz: Es stimmt nicht wenn sie sagen, der Platz ist nicht auf dem niedrigsten Punkt, er ist etwas erhöht. Es stimmt schlichtweg nicht. Ich benutze mit meinem Hund die Freilaufzone sehr oft, sofern sie benutzbar ist. Die Anlage ist am tiefsten Punkt gelegen und damit sehr schnell überflutet. Ich kann ihnen dazu nichts anderes sagen, als dass sie mit ihrem Hund rausfahren und sich die Situation vor Ort anschauen sollten. Die Hundefreilauffläche gehört meiner Meinung nach wo anders hin. Vielleicht ist auch eine Zusatzfläche nötig. Möglicherweise gelingt es ihnen im Osten von Wels eine Fläche zu finden, die man pachten kann und den Hundebesitzern die Möglichkeit gibt ihre Hunde frei laufen zu lassen. In der Wimpassinger Freizeitanlage ist es leider Gottes nicht recht oft möglich.

Abschließend danke ich allen Fraktionen für ihre Unterstützung, denn es geht uns um die Anrainer, um die Bewohner der Otto-Löwi-Straße, um die Bewohner der neuen Siedlung. Diese verdienen ihre Ruhe ab 22.00 Uhr. Wir sind gefordert alles zu unternehmen, um die Nachtruhe zu gewährleisten.

Die Abstimmungen zum D r i n g l i c h k e i t s a n t r a g der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend die Erlassung einer Verordnung, wonach in der Freizeitanlage Wimpassing das Entzünden von offenem Feuer und das Grillen verboten bzw. stark reglementiert werden. Darüber hinaus ist die Nutzung der Anlage inklusive der Parkplätze mit klaren Regeln zu versehen, bei deren Nichtbeachtung entsprechende Geldstrafen festzulegen sind, bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 3) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Änderung des Punktes 2 wie folgt: „2. Die Stadt Wels wird beauftragt, eine Verordnung auszuarbeiten, wonach Als Frist soll der 1. Juli 2013 umgesetzt werden.“ wird

einstimmig angenommen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 4) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Änderung des Punktes 2 erster Satz, das Wort „verboten“ soll gestrichen und nach dem Wort „werden“ soll das Wort „soll“ eingefügt werden, wird mit

gegen 27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
7 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 5) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Änderung des Punktes 2 wie folgt: „2. Die Stadt Wels erlässt eine Verordnung, wonach in der Freizeitanlage Wimpassing das Entzünden von offenem Feuer und das Grillen verboten bzw. stark reglementiert werden. Darüber hinaus ist die Nutzung der Anlage inklusive Parkplätze mit klaren Regeln zu versehen, die zumindest eine Nachtruhe von 22.00 bis 06.00 Uhr sicherstellen, bei deren Nichtbeachtung entsprechende Geldstrafen festzulegen sind.“ wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 2) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion lautet nunmehr nach Einarbeitung der Abänderungsanträge wie folgt:

„Die Stadt Wels wird beauftragt ein Konzept auszuarbeiten, wonach in der Freizeitanlage Wimpassing das Entzünden von offenem Feuer und das Grillen stark reglementiert werden soll. Darüber hinaus ist die Nutzung der Anlage incl. der Parkplätze mit klaren Regeln zu versehen, die zumindest eine Nachtruhe von 22.00 bis 06.00 Uhr sicherstellen, bei deren Nichtbeachtung entsprechende Geldstrafen festzulegen sind. Dies soll bis zum 01.07.2013 entsprechend umgesetzt werden.“

Einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag (Anlage 6) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Freizeitanlage Wimpassing, wie folgt: „Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, mit denen in der Hauptsaisonzeit eine durchgehende Überwachung der Freizeitanlage Wimpassing gewährleistet wird.“ wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
1 Nein-Stimme (GR. Mag. Mayerhofer) und
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm Dr. Koits: Damit haben wir auch diesen Tagesordnungspunkt erledigt. Frau Magistratsdirektorin ich darf Sie bitten, entsprechende Anweisungen zu geben, damit wir bis zum 01. Juli 2013 die Thematik fachgerecht und rechtlich in Ordnung erledigen können. Damit sind wir am Ende der Tagesordnung, danke für die rege Diskussion. Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriffthführer: